Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Ortsbezug halbmtl. GM. 1.10. Postbez monatl. Nachforderung vorbehalten. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 15 Gpfg., Sonnabends 25 Gpfg. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4; Zweigstelle Gotthardtstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle höh. Gew. (Streik usw.) besteht k. Anspr. a. Lieser. od. Rückvergüt.

Anzeigenpreis Für den achtgespaltenen Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklameteil 32 Goldpfg.; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfg. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 47 — **Montag, den 25. Februar 1924** — **164. Jahrgang**

Henderson fordert Revision des Versailler Vertrages

London, 24. Februar. Der englische Innenminister Henderson befaßte sich in einer Wahlrede in Burnley mit der internationalen Lage unter besonderer Bezugnahme auf die Notwendigkeit einer

Revision des Versailler Vertrages.

Er sagte, die Tatsache, die am meisten aus der internationalen Lage herausrage, sei die, daß die Friedensverträge fehlgeschlagen seien. Was auch immer die Ansicht der alliierten Staatsmänner war, die in Paris ihre Länder vertraten, es sei ihnen nicht gelungen, einen gerechten und dauernden Frieden zustande zu bringen. Die Politik, die nach dem Waffenstillstand angenommen wurde, habe Europa Chaos, Ruin, Hungersnot, Krankheit und Tod gebracht. Die Aufgabe, der Macdonald und die Regierung gegenüberstanden, sei nicht nur, wie diese Entwicklung angehalten werden könne, sondern wie verhindert werden könne, daß der bisherige wirtschaftliche Ruin weiter Fortschritte mache. Die Aufgabe der Regierung sei es, einen wahren Frieden zu schaffen, Handel und Verkehr wiederherzustellen und sie auf eine feste Grundlage zu stellen. Daher müßten alle, die den Frieden wünschten und die den Beginn einer neuen Aera des internationalen Zusammenwirkens und Wohlwollens sehen möchten, auf der **schnellstmöglichen Revision des Versailler Vertrages als einer unbedingten Notwendigkeit bestehen, ebenso wie auf einer Lösung des umstrittenen Reparationsproblems.**

Was die territoriale wie die wirtschaftliche Seite des Versailler Vertrages betreffe, so sei eine Revision seiner Ansicht nach nicht nur wesentlich, sondern schon lange überfällig. Die Urheber des Vertrages hätten, als sie ihn vorbereiteten, die Geschichte vollkommen verhöhnt, sie hätten zumindest erkennen müssen, daß sie alte Traditionen verletzten und sich über die Wünsche der Bevölkerung hinwegsetzten, nur damit die Beute den Siegern zufalle.

Der Versailler Vertrag sei zweifellos den Grundsätzen der dem Waffenstillstand vorangehenden Vereinbarungen, unter denen Deutschland die Waffen streckte, entgegengesetzt.

Der Vertrag enthalte territoriale und wirtschaftliche Klauseln, die Tatsachen ableugnen, die dem Buchstaben wie dem Geiste nach in den öffentlichen Erklärungen enthalten seien, die von den alliierten Staatsmännern während des Krieges gegeben wurden.

Der Vertrag habe ferner den Kampf der Völker um Befreiung geschaffen, eine Herrschaft des Rechtes in einen tatsächlichen Eroberungskrieg umgewandelt. Die Bestimmungen des Vertrages verfolgten den Zweck, **von den besiegten Ländern unmögliche Summen als Entschädigung herauszupressen** unter der irrtümlichen Annahme, daß das Wirtschaftsleben mancher Länder zerstört werden könne, ohne daß dies das Wirtschaftsleben anderer Länder berühre. Er wolle, daß die Oeffentlichkeit begreife, auf welchem Standpunkt die Regierung stehe. Der Premierminister versuche, die neue Atmosphäre zu schaffen, und er hoffe, daß Schritte durch die Weltkonferenz, durch den Völkerbund oder durch beide unternommen würden, um zu sehen, ob man zu dem Standpunkt zurückkommen könne, (der von Wilson im Gegensatz zur Politik der alliierten Staatsmänner 1915 1916 eingenommen wurde. Ich bin überzeugt, sagte Henderson, daß unsere alliierten Staatsmänner nach dem Waffenstillstand und nach Beginn ihrer Arbeit in Paris deutliche **elementare wirtschaftliche Tatsachen unberücksichtigt** ließen, und es scheint mir, daß, je eher unsere Regierung die notwendige Atmosphäre schafft und auf diese Frage der Revision des Versailler Vertrages kommen kann, es um so besser für alle in Betracht kommenden Länder sein wird.

Das Schicksal der deutschen Eisenbahnen

Paris, 24. Februar. Interessante Einzelheiten über den Plan der Sachverständigen für die Aufnahme einer internationalen Anleihe auf Grund des deutschen Eisenbahnnetzes gibt der „New York Herald" in seiner Pariser Ausgabe an. Die beiden Eisenbahnsachverständigen schlagen, so schreibt das Blatt, in ihrem Bericht die Aufnahme einer **internationalen Anleihe in der Höhe von 2 Milliarden Goldmark innerhalb drei Monaten vor.** An den gegenwärtigen Eisenbahnen in Deutschland seien jedoch eine Reihe von Abänderungen vorzunehmen.

1. Es müssen sämtliche deutschen Eisenbahnen der deutschen Verwaltung unterstellt werden. Durch Schaffung einer **neuen Gesellschaft, an der die Verbündeten und ein Teil der Neutralen beteiligt sind,** muß darauf geachtet werden, daß die Eisenbahnen strengg wirtschaftlich verwaltet werden. Frankreich und die anderen Verbündeten würden eine Art Oberaufsicht über die Eisenbahnen im besetzten Gebiet bewahren. Die internationale Anleihe wird in einer Reihe von Abschnitten erfolgen, die es den Verbündeten ermöglichen, die ersten beiden Jahre des Deutschland zu bewilligenden Moratoriums zu überstehen. Die Anleihe wird mit 77 Prozent fest verzinst. Durch diese günstigen Bedingungen offt man, die deutschen Auslandsgutbaben zur Rückkehr nach Deutschland bewegen zu können.

2. die Sachverständigen regen in dem Wunsche, den deutschen Eisenbahnen zu einer zwangsweisen Einnahme von 1,5 Milliarden Goldmark zu verhelfen, eine **beträchtliche Steigerung der Tarife** an, die zum mindesten den in Frankreich, Belgien und England gültigen Sätzen angepaßt werden müssen.

3. Das Eisenbahnpersonal müsse wesentlich vermindert werden. Die Sachverständigen hätten im Verlauf ihrer Untersuchung festgestellt, daß in zahlreichen Fällen dreimal mehr Beamte angestellt waren, die unbedingt nötig waren.

4. Die Sachverständigen machen der Berliner Regierung den unnötigen Bau von Lokomotiven und Güterwagen zum Vorwurf. Deutschland habe sich, so behaupten sie, nach Aussetzung der Reparationszahlungen mit einem überflüssigen Vorrate an rollendem Material (?) eingedeckt.

Zu der Frage der Goldnotenbank erklärt „Newyork Heald", daß, wie bereits gemeldet, diese Bank nach Ansicht des Herrn Dr. Schacht, die von den Sachverständigen geteilt werde, 2400 Millionen Goldmark an neuer Währung herausgeben könne. Später komme nach Herstellung des allgemeinen Vertrauens **ein weiterer Betrag von 1 Milliarde Goldmark** in Frage.

Versuchte Beeinflussung der Sachverständigen.

Seit acht Tagen hat in der französischen Presse, insbesondere in der Pariser Presse, **eine systematische Hetze gegen Deutschland** eingesetzt, die beweisen will, daß Deutschland leistungsfähiger wäre, als es vorgibt, wenn es nur wollte, Offenbar wird mit dieser Hetze bezweckt, die Sachverständigen noch vor Abfassung ihres Berichts in einem für Deutschland ungünstigen Sinne zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang ist auch ein Artikel bemerkenswert, der vor nunmehr fünf bis sechs Tagen in der tschechoslowakischen Presse erschienen ist und in dem ausgeführt wurde, daß Deutschland viel zu große Ausgaben für sein Heer mache. Einen Tag später ist derselbe Artikel in der Pariser Presse erschienen; man kann also annehmen, daß zwischen dem Artikel in der Prager und dem der Pariser Presse ein Zusammenhang bestand.

Degoutte bei Poincaré.

Paris, 23. Februar. Poincare verhandelte gestern mit dem Kriegsminister und dem Oberbefehlshaber der französischen Truppen im Ruhrgebiet Degoutte. Nach dem „Echo de Paris" wurde die Lage in Deutschland besprochen und im Hinblick auf die Berichte der Sachverständigen die Frage erörtert, welche Konzessionen man im Ruhrgebiet machen könne, ohne entwaffnet zu werden.

Verzweifelte Lage des Ruhrbergbaues.

Unter der Last der Micum-Verträge.

Essen, 23. Februar. Pariser Blätter haben behauptet, es sei festgestellt, daß die Selbstkosten des Ruhrbergbaues trotz der Lasten der Micum-Verträge um 2,80 Mark je Tonne unter den Verkaufspreisen läge, die Deutschland auf Reparationskonto gutgeschrieben würden. — Diese Behauptung wird von unterrichteter Seite als geradezu absurd bezeichnet. Die Lage des Ruhrbergbaues, der am Ende seiner Mittel ist und unter den erdrückenden Lasten und dem dadurch verschuldeten Absatzmangel zusammenzubrechen droht, ist verzweifelt. Davon werden sich auch die Sachverständigen der Micum bei den Verhandlungen, die am 25. Februar über diese Frage stattfinden sollen, überzeugen und sich vor den wirklichen Zahlen beugen müssen.

Unerhörte Kontrollmaßnahmen.

Essen, 24. Februar. General Degoutte hat mit sofortiger Wirkung eine Verordnung über die Kontrolle der deutschen Beamten des besetzten Gebietes erlassen. Danach kann der General, wenn seiner Meinung nach die **„Sicherheit und die Bedürfnisse der Besatzungstruppen oder die Ausnutzung und Sicherstellung von Pfändern es erfordert",**

jeden deutschen Beamten absetzen und bei Neuernennung von Beamten sein Veto einlegen.

Jeder Todesfall eines deutschen Beamten, jeder Urlaub der über einen Monat dauert, und jede Versetzung ist von der zuständigen deutschen Behörde sofort den französischen Militärbehörden anzuzeigen.

Französische Anmaßung in der Pfalz.

Auch ein „deutscher" Richter.

Der einzige preußische Richter, der sich der Separatistenbewegung im Rheinlande angeschlossen hat, ist Amtsgerichtsrat Brauckmann in Meisenheim. Als Vorsitzender des Aktionsausschusses der Separatisten erließ er einen Aufruf in den Blättern, in dem er erklärte,

daß die Berliner Regierung an der Not des Rheinlandes die Schuld trage, weil sie die Bevölkerung in das Ruhrabenteuer gestürzt habe und nun im Stiche lasse. Es sei darum an der Zeit, sich von dieser Regierung loszusagen und eine rheinische Republik zu gründen mit oder ohne Anschluß an Deutschland.

Brauckmann ist dann während der ganzen Separatistenzeit Oberkommissar der separatistischen Regierung in Kreuznach gewesen. Als die Separatistenherrlichkeit zusammenbrach, wandte er sich an die Rheinland-Kommission, um zu erreichen, daß er wieder in sein Richteramt eingesetzt würde. Die Rheinlandkommission hat die Justizverwaltung wissen lassen, daß sie **auf Wiedereinsetzung des Brauckmann bestehe.** Das Vorgehen der Rheinland-Kommission ist völlig rechtswidrig.

Bei der Stellung des Brauckmann ist der vorliegende Fall wichtig genug für die Justizverwaltung und die deutsche Sache, auf ihrem Standpunkt zu beharren und unter allen Umständen die Wiedereinsetzung des Brauckmann in seine Richterstelle zu verweigern, ohne Rücksicht auf etwa dadurch entstehende Folgen (Ausweisung und Bestrafung anderer Justizbeamter).

Durch die Wiederzulassung Brauckmanns würde die Bevölkerung aufs schlimmste getroffen. Auch der deutschen Sache an sich würde durch die Nachgiebigkeit der Justizverwaltung unermeßlicher Schaden zugefügt.

Nostra maxima culpa!

Die Pfalzinterpellation im Reichstag zeigt dem deutschen, Volk, daß am Rhein sich ein Schicksal entscheidet. Und es ist bitter notwendig, daß man das endlich, endlich begreift, daß man den letzten Sinn der sogen. Reparationen begreift: Frankreich will den deutschen Rhein, alles ist in diese Politik eingespannt. Daß die französische Politik zu der heutigen Machtposition am Rhein kommen konnte, daran tragen wir alle, das deutsche Volk und auch die Rheinländer, ein vollgerüttelt Maß von Schuld. Ehe wir das nicht einsehen und nach dieser Einsicht unsere Politik richten, bleibt die Gefahr und Gewalt am Rhein. Es ist Zeit, aus unseren Fehlern und Unzulänglichkeiten zu lernen.

Frankreich will die Rheingrenze, d. h. heute will es mehr! Wir wußten das. Und trotzdem haben Verbrecher aus unserer Mitte einen Vertrag unterschrieben, der die französischen Armeen 15 Jahre lang den Rhein besetzen läßt! Es ist nichts als eine bequeme Ausflucht, wenn man einwendet: wir waren gezwungen, um „Schlimmeres zu verhüten". Sie ist heute nicht mehr stichhaltig! Man nahm es als selbstverständlich an, daß die Rheinlande diese fürchterliche Not und Gefahr auf sich zu nehmen hätten, „um des Ganzen willen". Man bedachte nicht, daß man durch diese vertragliche Besetzung den Rheinländern die Hände band. Daß man sie zwang, einer Gewalt- und Bedrückungspolitik als einem Rechtszustand sich zu unterwerfen, daß man sie zwang, sich zu bücken und zu kuschen. Mit einem Wort, daß man sie verurteilte zu einer Art Entmannung. Die Franzosen aber überspannten den Bogen der Gewalt. Man ist versucht zu sagen: Sie säten Haß, der durch nichts mehr auszutilgen ist.

Und was taten die Rheinländer? Sonderbündler und Separatisten wären nicht möglich gewesen, wenn es vorher nicht eine sog. rheinische Bewegung gegeben hätte. Das muß einmal offen ausgesprochen werden. Die ganze französische Politik des rheinischen Separatismus wäre unmöglich gewesen, wenn nicht nach der Revolution durch das Rheinland unter der Protektion des Zentrums die Bewegung „Los von Preußen" gegangen wäre. Es ist den Franzosen gelungen, durch die vier Jahre der Besetzung hindurch vor der Welt die Fiktion aufrecht zu erhalten, als ob diese Bewegung im Rheinlande noch immer lebendig wäre. Die Rheinländer hätten von vornherein wissen müssen, welche Waffen sie damit den Franzosen in die Hand gaben. Die Erkenntnis kam leider zu spät. Gewiß, es gibt viele und schwerwiegende Gründe, die diese Bewegung begreiflich erscheinen lassen. Revolution, Arbeiter- und Soldatenräte, Spartakistenkämpfe, der drohende Auseinanderfall des Reiches wollen die Losung erklären: Retten wir das Rheinland! Und von draußen kamen verhängnisvolle Einflüsterungen. Sie kamen aus Frankreich über „wohlwollende Neutrale": Trennt euch von Preußen. Wenn die Vormacht Preußen zerschlagen wird, dann ist Frankreich der Grund für seine Annexionsforderungen genommen: eine rheinische Republik rettet die Rheinlande vor der Besetzung.

Und wie sah das neue Preußen aus? Die neue Republik Preußen mit ihren sozialdemokratischen und „unabhängigen" Ministern, mit einem Kultusminister Hoffmann, der mit einem neuen Kulturkampf drohte, hatten den Ruf „Los von Preußen" entstehen lassen. Die Männer der Revolution wissen heute noch nicht, was sie damals am Rheinland verbrochen haben, wissen heute noch nicht, daß ein vollgerüttelt Maß von Schuld an der furchtbaren Not der Rheinlande sie trifft. Und auch später begriff die Nationalversammlung nicht, welche Gefahren sie mit einem Artikel 18 der Verfassung heraufbeschwor. All das ist menschlich vielleicht begreiflich, aber die Rheinländer hätten damals schon wissen müssen, was sie später in der französischen Politik erkennen mußten. Sie können sich von eigener Schuld nicht freisprechen.

Noch weniger kann es das unbesetzte Deutschland. Es tat nichts von entscheidender Bedeutung, die Rheinlande zu befreien. Es war unter Führung der sozialdemokratisch beeinflußten Regierungskreise in innerpolitische Kämpfe zerrissen und trieb eine Politik der Selbstschwächung. Es war nicht gewillt zu opfern, obwohl es das rheinische Volk die schwersten Opfer als etwas Selbstverständliches tragen ließ. Statt alle Kräfte an die Erlösung der Geknechteten zu setzen, ließ es diese immer mehr und immer schärfer einfesseln. Man betrachtete die Reparationsfrage als ein Rechenexempel und wartete auf die Einsicht der anderen: gezahlte mit Millionen, um Milliarden nutzlos zu verschleudern. Was man heute gezwungen tun muß, hätte früher als freiwillige Tat das Unheil aufhalten können.

Es scheint aber, als ob wir unbelehrbar seien. Auch die Rheinländer, trotzdem sie nach 4 Jahren fürchterlicher Erfahrungen hätten wissen müssen, daß Kompromisse mit den Franzosen nicht möglich sind! Was aber mußte man erleben nach der Kapitulation im Ruhrkampfe? Die Kompromißpolitiker tauchten plötzlich wieder auf, besonders auf der „Insel der Seligen", in der Zentrumshochburg Köln. Um den „unerträglichen Zuständen" ein Ende zu machen, um den Franzosen entgegenzukommen, griff man auf die verhängnisvolle Politik von 1918/19 zurück. Man vermied es zwar, das Wort „Rheinische Republik" in den Mund zu nehmen, man sprach von einer „autonomen Selbstverwal-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240225-13/fragment/page=0001

tung", von einem Dreimänner-Direktorium, das die Rheinlande verwalten sollte. Man unterbreitete Tirard das Projekt einer rheinischen Goldnotenbank, man dachte an die Uebertragung der rheinisch-westfälischen Eisenbahn, an eine internationale Gesellschaft. Die Reichsregierung war davon benachrichtigt, stand aber dieser unheilvollen und höchst gefährlichen Politik rat- und hilflos gegenüber. Und es wiederholte sich das Schauspiel von 1919. Damals ließ die französische Politik Dorten seinen Gewaltstreich versuchen; hier setzte sie die Separatisten zum entscheidenden Stoß an. Wieder zu spät erkannte man, im Rheinland wie in Berlin, welch verhängnisvollen Fehler man begangen hatte. Das Rheinland hat ihn bezahlen müssen mit einer unerhörten Not und mit Blut. Und noch ist in der Pfalz der schwere Kampf nicht zu Ende.

Wir sind alle schuldig, diesseits und jenseits des Rheins, schuldig, den verräterischen Lockungen des römischen Zentrums gefolgt zu sein. Wir haben auf alte Schuld durch 4 Jahre immer neue gehäuft. Einmal wird die Last der Schuld uns erdrücken müssen. Unser Gewissen aber ist heute geschärft; nutzen wir diese Zeit. Noch einmal in die alten Fehler verfallen, das wäre das Ende.

Aufgedeckte kommunistische Umsturzpläne.

Görlitz, 25. Februar. Aufsehenerregende Mitteilungen über kommunistische Umsturzpläne in Muskau bringt der „Muskauer Anzeiger". Auch für Stadt Muskau war am 13. Februar ein **Putsch geplant**, der aber einige Tage vorher entdeckt und noch verhindert werden konnte. Jetzt ist es gelungen, den kommunistischen Absichten auf die Spur zu kommen. Das Blatt schreibt: **„Es war seitens der Kommunisten beabsichtigt, die ersten Verwaltungsbeamten der Stadt und der Standesherrschaft, dazu einen Oberlandjäger, einen städtischen Polizeibeamten und ein Magistratsmitglied (Mehrheitssozialist), ferner sämtliche Industriellen über kurz oder lang zu erledigen.** Weiter waren die Kraftwagen- und Gespannbesitzer bestimmt, Kommunisten aus Nachbarorten heranzuholen, um dann nach dem Beispiel der Kommunisten **Gewalttätigkeiten zu verüben** an der, wie immer, unvorbereiteten, ahnungslosen und friedlichen Einwohnerschaft unserer Stadt. Das Komplott wurde aber rechtzeitig entdeckt, und jetzt sind eine Anzahl Kommunisten nach Görlitz in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden."

Kommunisten stören eine Pfalzkundgebung in Halle.

Halle, 25. Februar. Die Bürgerschaft von Halle hatte gestern vormittag in vier großen Sälen Kundgebungen für unsere bedrängten Landsleute in der Pfalz veranstaltet. In allen Versammlungen wurden Entschließungen angenommen, in denen die Treue zu den bedrängten Landsleuten zum Ausdruck gebracht wurde. In spontaner Begeisterung sang die Menge vaterländische Lieder. Im „Volkspark" (einem Arbeiterlokal) wurde aber **die Kundgebung durch einen Trupp jugendlicher Kommunisten gestört.** Während des Vortrages wurden mehrere Stahlhelmleute am Eingange des Saales angepöbelt. Schließlich kam es zu einem Streit, der in **eine wüste Schlägerei** ausartete. Die Parteien gingen sich mit Stöcken und Stuhlbeinen zu Leibe bis die Polizei einschritt. Nachdem die Kommunisten verprügelt worden waren, zogen sie sich in die unteren Lokale zurück. Die telephonisch herbeigerufene Verstärkung der Polizei sorgte alsdann für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Aushebung eines großen Waffenlagers.

Weimar, 25. Februar. Im Laufe des Freitagabends ist es der Weimarer Polizei gelungen, ein großes Waffenlager auszuheben. Es handelt sich um Infanteriegewehre Modell 98, leichte Maschinengewehre und Handgranaten, die der Minister Hermann zur Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften aufgekauft hatte, und zwar aus Mitteln, die das Reich für die Schutzpolizei zur Verfügung gestellt hatte.

Gerichtsbeschluß gegen die Steuerverordnung.

Urteil des Landgerichts I Berlin.

Die 21. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin hat in einer Hypothekenaufwertungsstreitigkeit den Antrag des Hypothekenschuldners auf Aussetzung des Verfahrens gemäß § 10 Verordn. vom 14. 2. 24 durch Beschluß vom 21. 2. 24 abgewiesen.

Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die dritte Steuernotverordnung insoweit rechtsunwirksam ist, als sie das durch die Reichsgerichtsentscheidung vom 28. 11. 23 anerkannte Recht auf angemessene Aufwertung beschränkt, weil sie insofern gegen Artikel 153 Absatz 1 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, welcher das Eigentum gewährleistet, verstößt.

Das Landgericht I Berlin schließt sich hiermit dem bekannten Beschlusse an, welchen der Verein der Reichsgerichtsräte gefaßt hat, als die Absicht der Regierung, das Aufwertungsrecht zu beschränken, bekannt wurde.

Der Kampf um die dritte Steuernotverordnung.

Allgemein sieht man der in der kommenden Woche zu erwartenden Diskussion im Reichstag über die Aufwertungsfrage im Zusammenhang mit der dritten Steuernotverordnung mit Spannung entgegen. Aller Voraussicht nach wird es zu umfassenden Erklärungen der beiden zuständigen Minister, nämlich des Reichsfinanzministers und des Reichsjustizministers, kommen; diesem wird u. a. auch die Aufgabe zufallen, auf das oben angeführte Urteil der 21. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin und des Oberlandesgerichts Köln einzugehen.

Ein Druck auf den Reichstag.

Am Sonnabend hat ein Vertreter der Reichsregierung den Berliner ausländischen Zeitungskorrespondenten einen Ueberblick über die innerpolitische Lage gegeben. Dabei wurde unter anderem ausgeführt, daß die Regierung deshalb die Vermeidung eines Konflikts wünsche, weil sie keine Möglichkeit sehe, mit dem jetzigen Reichstag eine neue Regierung zu schaffen. Sollte sich aber in den Besprechungen mit den Parteien eine Einigung nicht erzielen lassen, so sei die Regierung festentschlossen, den Reichstag aufzulösen. Auch der Reichspräsident habe dieser Maßnahme durchaus zugestimmt.

Kundgebung für den gefährdeten geistigen Mittelstand.

Im Reichstag fand gestern mittag eine eindrucksvolle Kundgebung für den gefährdeten deutschen Mittelstand statt, bei der der Reichskanzler eine längere Rede über die Not der deutschen Geistesarbeiter hielt. Zum Schluß nahm die Versammlung einmütig folgende Entschließung an:

„Zweitausend Vertreter der geistigen Berufe Deutschlands fordern im Namen von Millionen deutscher Geistesarbeiter ihr Recht auf Leben. Sie rufen der Welt ins Gedächtnis zurück, was die Menschheit der deutschen Wissenschaft, Kunst und Technik verdankt. Sie warnen davor, die Verelendung der deutschen Kulturgeschichte als die Sonderangelegenheit eines einzelnen Volkes zu betrachten. Sie fordern vom ganzen deutschen Volk ein mutiges Bekenntnis zum Gemeinschaft von Geist und Hand und den Entschluß, in diesen Zeiten außerordentlicher Not auch nicht vor außerordentlichen Opfern und Anstrengungen zurückscheuen, um den Geistesarbeitern erträgliche Bedingungen des Lebens und der Arbeit zu schaffen. — Gebildete aller Völker und Arbeitsbrüder des eigenen Volkes, erlöst uns von äußerem Druck und innerer Not!"

Sicherungen für die Hitlertage.

Versammlungs- und Waffenverbot.

Wie verlautet, sollen in den nächsten Tagen seitens des Staatskommissars in München-Stadt Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit während des Hitler-Prozesses erfolgen. Für ein Gebiet um die Kriegsschule sollen verboten werden Ansammlungen von mehr als drei Personen, das Waffentragen auch für Besitzer von Waffenscheinen, das Photographieren und Filmen, wenn nicht eine besondere polizeiliche Erlaubnis erteilt ist, und auch das Hausieren mit Gegenständen aller Art. Auf Grund einer Verfügung der Polizeidirektion sollen ferner alle politischen Versammlungen im Zirkus Krone, Löwenbräu-Keller, Arzberger- und Augustiner-Keller während des Hitler-Prozesses verboten sein. Andere Veranstaltungen sind anzeigepflichtig.

Hindenburg zum bevorstehenden Hitlerprozeß.

Die „Deutsche Tageszeitung" veröffentlicht folgende Erklärung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg:

„In letzter Zeit sind vielfach Aufforderungen an mich ergangen, es zu verhindern, daß der unselige Prozeß gegen meinen treuen Kriegsgefährten, General Ludendorf, stattfindet. — Jeder vaterlandsliebende Deutsche wird mit tiefem Schmerz dem Prozeß entgegensehen, und daher sind mir die an mich gerichteten Wünsche nur zu begreiflich. Aber bei ruhiger Ueberlegung muß man sich sagen, daß in einem Staatswesen **ein Eingriff in die Rechtspflege eine Unmöglichkeit** ist. Auch glaube ich nicht, daß mein Gehilfe in großer und schwerer Zeit bei seinem graden Charakter den Gedanken gutheißen würde, ihm eine Ausnahmestellung erwirken zu wollen. Halten wir uns daher in diesen trüben Tagen an den festen Glauben, daß eine rein sachliche gerichtliche Klarlegung zeigen wird, daß alle Handlungen meines lieben Kameraden und Gehilfen lediglich auf glühende und selbstlose Vaterlandsliebe zurückzuführen sind. Eine Annahme, die ich in dem Bestreben, beiden Teilen gerecht zu werden, auch seinen augenblicklichen Gegnern nicht vorenthalten will. v. Hindenburg."

Erst hüh! — dann hott!

Der Reichspräsident klagt.

In der „Münch.-Augs. Abendzeitung" hat Dr. Ganßer in einem offenen Briefe an den Reichspräsidenten erneut den Vorwurf des Landesverrates erhoben. Der Reichspräsident hat gegen Dr. Ganßer, der seinen Wohnsitz in Berlin hat, bei der zuständigen Berliner Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung gestellt.

Der „Deutsche Herold" verboten.

Durch eine Verordnung des Oberbefelsghabers ist am Sonnabend der „Deutsche Herold", eine Organisation, die an die Stelle der Deutschvölkischen Freiheitspartei getreten war, verboten worden. Es war bekannt geworden, daß der „Deutsche Herold" am Sonntag und Montag in Berlin Versammlungen abhalten wollte, und daß insbesondere am Montag im Berliner Kriegervereinshaus eine große Jugend-Kundgebung stattfinden sollte. Der Oberfehlshaber hat daher sämtliche Kundgebungen verboten und durch Beamte der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums das Bureau in der Dessauer Straße versiegeln lassen. Gegen die Anordnung des Oberbefehlshabers ist Beschwerde erhoben worden.

Deutsche Schiffe wieder in französischen Häfen.

Hamburg, 24. Februar. Nach Mitteilung der Handelskammer von Boulogne haben die französischen Behörden beschlossen, die Ausnahmebehandlung deutscher Schiffe in Zukunft fallen zu lassen. Infolgedessen wird als erstes deutsches Schiff die „Cap Polonio" von der Hamburg-Süd bei ihrer nächsten Ausreise Boulogne wieder anlaufen. Die französische Behörde hat bei ihrem Entschlusse zur Bedingung gemacht, daß auch den französischen Schiffen in deutschen Häfen keine Schwierigkeiten bereitet werden (!!!).

Heldt geht nach Berlin.

Am Montag werden sich Ministerpräsident Heldt und der Minister des Innern, Max Müller, zu Verhandlungen mit der Reichsregierung nach Berlin begeben. Sie werden dort eine Konferenz mit dem zuständigen Reichsminister unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abhalten und vor allem die Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes durchsprechen.

Deutschfeindliche Kampfbeschlüsse im polnischen Sejm.

Warschau, 23. Februar. Der Sejm war wieder der Schauplatz deutschfeindlicher Kundgebungen. Gerade am Vorabend des **Wiederbeginn der deutsch-polnischen Verhandlungen** sind im polnischen Parlament **drei Anträge angenommen** worden, die mit ihrem deutschen Ziel der Vernichtung des Deutschtums in den Westmarken jetzt geradezu wie eine Kampfansage wirken müssen.

Der erste dieser Anträge, der von der Nationalen Arbeiterpartei eingebracht wurde, fordert „Vergeltungsmaßnahmen für den im Dezember 1923 gegen die polnischen Saisonarbeiter in Mecklenburg angewandten Zwang zur Rückwanderung. Tatsächlich ist diese Angelegenheit durch Verhandlungen der beiden Regierungen längst geregelt und der Antrag somit überholt. Dennoch wurde er von allen Parteien angenommen.

Der zweite Antrag kam von den Nationaldemokraten und richtete sich direkt gegen die **deutsch-polnischen Verhandlungen, deren Abbruch er forderte**; statt zu verhandeln, sollten Retorsionsmaßnahmen angewandt und weitgehende Ausweisungen deutscher Reichsangehöriger aus den Westmarken als lästiger Ausländer vorgenommen werden. Hierfür stimmten das Zentrum und die Rechte, die Linke und die Minderheiten dagegen.

Als dritter Antrag lag von der linken Wyzwolenieparteien der Vorschlag vor, die **Liquidation deutscher Güter** zu beschleunigen und die deutschen Genossenschaften durch den polnischen Staat zu enteignen, was ebenfalls angenommen wurde.

Die ganze Aktion bedeutet den Versuch, einer Besserung (?) der deutsch-polnischen Beziehungen entgegenzuarbeiten.

Die Beilegung des Dockarbeiterstreiks in England.

London, 23. Februar. Die Streikdelegierten ließen sich gestern zur Billigung des abgeschlossenen Uebereinkommens, aber nicht zur Ratifizierung bestimmen, die die Ausführung der Streikenden selbst abhängig machen. Die Ratifizierung könne daher nicht vor Montag und vor der Rückkehr der Delegierten erfolgen. Sie gilt immer noch als wahrscheinlich, ist aber keinesfalls ausgemacht.

Konflikt zwischen Rußland und Japan?

Paris, 23. Februar. Der Vertreter der russischen Telegraphen-Agentur hat Befehl erhalten, Tokio unverzüglich zu verlassen, andererseits sind die Berichterstatter der japanischen Blätter aus Moskau angewiesen worden und haben die Stadt gleichfalls sofort verlassen müssen. Der japanische Konsul in Wladiwostok wurde gebeten, mit seinem Personal nach Japan zurückzukehren.

Aus Stadt und Umgebung

Für die Volksspeisung. Dem Wohlfahrtsamt wurden weitere hochherzige Spenden für die Volksspeisung überwiesen: Rischmühle ½ Ztr. Graupen, ½ Ztr. Gries, ½ Ztr. Mehl; Ungenannt ¼ Ztr. Mehl, Ungenannt 10 Goldmark, Ungenannt 3 Ztr. Erbsen, Ungenannt 550 Goldmark, Ungenannt 10 Goldmark, Ungenannt 5 Goldmark und für ortsarme Leute: Ungenannt 100 Goldmark, Ungenannt 5,10 Goldmark, Ungenannt 4,20 Goldmark, Ungenannt 1,30 Goldmark. Ungenannt 4 Goldmark.

Auf dem Gotthardteiche eingebrochen. Heute mittag gegen 11¾ Uhr brach ein Knabe von etwa 7 Jahren auf dem Gotthardteiche durch die dünne Eisdecke. Da kurz vor dem Ausflußrohr der Klia die Stelle seicht war, konnte er sofort herausgezogen und von einem Beamten der Schutzpolizei seinen Eltern zugeführt werden. — Also Vorsicht beim Betreten der dünnen Eisdecke!

Die Militärrenten werden nach einem Erlasse des Reichsarbeitsministers nicht am 26., sondern erst am 27. Februar beim Postamt gezahlt.

Merseburger Spielgemeinde. Da der Vorverkauf zu der am Sonnabend, den 1. 3. 24 stattfindenden Aufführung von „Gevatter Tod" und „Prinzessin und ihr Narr" sehr rege eingesetzt hat, empfiehlt es sich, schon jetzt mit Karten zu versehen. Die Karten sind im Preise von 50 Pfg. in der Stollberg'schen Buchhandlung erhältlich.

Die Merseburger Rudergesellschaft hielt gestern abend in den festlich geschmückten Räumen des Neuen Schützenhauses ihr 17. Stiftungsfest ab. Außer den Darbietungen einer starken Kapelle des beliebten Beamtenorchesters wurde das Kleistsche Lustspiel „Der zerbrochene Krug" von Mitgliedern der M. R. G. aufgeführt, das in flottem Spiel über die Bretter ging. Anschließend hielt ein gemütliches Tänzchen die Mitglieder noch einige Stunden fröhlich zusammen.

Leipzig-Schkeuditz. Im Anzeigenteil der Sonnabend-Nummer gibt die Direktion der Leipziger Außenbahn-Aktien-Gesellschaft bekannt, daß auf Linie Schkeuditz vom 1. März 1924 an der Betrieb wieder aufgenommen wird. Der vorläufig in Aussicht genommene Fahrplan sowie die zur Erhebung gelangenden Fahrpreise werden gleichzeitig mit veröffentlicht.

Die Invalidenversicherung betrifft eine im heutigen Anzeigenteil erlassene Bekanntmachung, auf die wir besonders verweisen.

Der Biochemische Verein hält am Mittwoch, dem 27. Februar, 7½ Uhr im „Herzog Christian" laut Anzeige einen öffentlichen Vortrag.

Handwerk hat einen goldenen Boden, ein altes Sprichwort, das seine Wahrheit so recht zeigt, wenn man auf die Entstehung unserer einheimischen Möbelfabrik Hugo Schwimmer-Neumarkt 23 zurückblickt. Kaum 5 Jahre sind vergangen, seitdem die heutige Möbelfabrik, die in drei hellen Fabrikfälen 45 Arbeiter beschäftigt, und die bei vollem Betriebe gut 60 Mann Arbeit verschaffen kann, in einem engbegrenzten Raume ihren Anfang nahm, in der Meister und Lehrling ihr Tischlerhandwerk betrieben. Nur dem rastlosen Fleiße, verbunden mit Weitblick und eiserner Pflichterfüllung des Inhabers der Firma Herrn Hugo Schwimmer ist es zu danken, daß dieses Unternehmen auf seine jetzige Höhe gelangte und hoffentlich auch noch weiter ausgebaut wird. Um die Erzeugnisse der Firma noch weiteren Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen, hat sich der Inhaber der Firma, Herr Hugo Schwimmer, entschlossen, in renovierten Räumen Weißenfelserstraße 7, ein Ausstellungslokal zu eröffnen. (S. Ang.)

Der Stenographen-Verein „Stolze-Schrey" hatte seine Mitglieder und Freunde für Sonnabend, den 23. Februar, zu seinem 58. Stiftungsfest in den Räumen des „Tivoli" eingeladen. Eine überaus zahlreiche Festversammlung hatte dieser Einladung Folge geleistet, ein Zeichen dafür, welch lebhaftes Interesse die Merseburger Bürgerschaft dem Kurzschrift-Verein entgegen bringt. Das reichhaltige Programm, welches der Vorstand des Vereins, keine Kosten scheuend, aufgestellt hatte, brachte für jeden etwas. Nachdem Frl. Tolge einen sinnigen Prolog auf die Kurzschrift zu Gehör gebracht hatte, hielt der erste Vorsitzende, Herr Gimpel, die Begrüßungsansprache. Redner wies besonders auf die Bedeutung der Kurzschrift in unserer heutigen Zeit hin und stellte fest, daß dieselbe ein nicht unwesentlicher Faktor im Problem des produktiven Wiederaufbaues unseres Vaterlandes sei. Nachdem Redner noch des Näheren auf die Entstehung und Entwicklung der Kurzschrift und auf die geleistete Arbeit im verflossenen Vereinsjahre eingegangen war, schloß er scheine Ausführungen mit der Bekanntgabe der Preisträger bei den letzten Wettschreiben. Hierauf machte uns Herr Stein-Neu-Rößen durch den Vortrag zweier schöner Lieder mit seinem prächtigen Tenor bekannt. Der überaus reichliche Dank der andächtig lauschenden Zuschauer zwang ihn, noch das Rhein-Lied zu Gehör zu bringen. Zu erwähnen sind ferner noch eine von Herrn Matze vorgetragene Rezitation, sowie der von Herrn Tanzlehrer Ebeling geleitete Schleierreigen. Den Schluß des Programms bildete ein flott gespieltes Lustspiel. Umrahmt wurde das abwechslungsreiche Programm von den prächtigen musikalischen Darbietungen unseres philharmonischen Orchesters, welchem besonderer Dank gebührt. Gegen 12 Uhr trat dann der Tanz in seine Rechte, welchem von Alt und Jung gehuldigt wurde. Leider zu früh schlug für die meisten Festteilnehmer die Trennungsstunde, jedoch konnten sie den Trost mit nach Hause nehmen, für einige Stunden den Sorgen des Alltags enthoben gewesen zu sein. Mit Genugtuung kann der Stenographen-Verein „Stolze-Schrey" auf sein diesjähriges Stiftungsfest zurückblicken, durch welches er sich sicher viele neue Anhänger erworben hat. Wir wünschen dem Verein weiteres Blühen und Gedeihen und Erfolg in seinem künftigen Arbeitsjahr im Interesse des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes.

Wann gehe ich ins Hallische Stadttheater?

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerst.	Freitag	Sonnabd.	Sonntag
König Lear	Der Troubadour	Carmen	Die Wildente	Der Troubadour	Die lustigen Weiber von Windsor	

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240225-13/fragment/page=0002

Die Erwerbstätige Mittelstands-, Bürger- und Handwerkervereinigung von Merseburg und Umgebung hatte am Sonntag vormittag zu einer öffentlichen Versammlung im „Kasino" eingeladen zwecks Stellungnahme zu den dauernd zunehmenden kommunalen Lasten. Herr Ritz eröffnete kurz nach 11 Uhr vormittags die Versammlung und überließ dann Herrn Hobler den Platz am Rednerpult, der in längerer Auseinandersetzung den Anwesenden die ungeheuer schweren Lasten erläuterte, die in Form von den jetzt gültigen Sätzen der Umsatzsteuern, Einkommensteuern, Gewerbesteuern, Grundsteuern, Ertragssteuern, sowie den die einzelnen Gewerbe noch außerdem belastenden Getränke-, Vergnügungs- und Beherbergungssteuern der Bürgerschaft auferlegt sind. Sodann kam der Redner auf den neuen Vermessungsplan für das Stadtgebiet Merseburg zu sprechen, deren Kosten in Höhe von 56 000 Goldmark auf fünf Jahre verteilt prozentual den Hausbesitzern aufgebürdet werden sollen, streifte den geplanten Durchbruch am Sand, dessen Kosten gleichfalls auf die anliegenden Hausbesitzer in drei Gruppen abgestuft umgelegt werden soll und kam dann auf den als Punkt 6 der heutigen Stadtverordneten-Versammlung verzeichneten Ausbau der Sixtruine zu einer Stadthalle zu sprechen. Hierzu führte er aus, daß es ihm wohl bekannt sei, daß sowohl der Oberbürgermeister als auch andere Organe des Magistrats versichert hätten, daß die Stadt Merseburg nur den Grund und Boden, sowie die darauf befindlichen Baulichkeiten der alten Ruine als auch des Sixti-Hospitals einbringen wollte, während die Unterstützung des Umbaues durch Barmittel auf keinen Fall in Betracht käme. Er und wohl auch die meisten Einwohner könnten jedoch aus den früher gesammelten Erfahrungen an ein Einhalten dieses Versprechens nicht glauben, zumal es doch noch gar nicht sicher sei, ob das Unternehmen sich nach Fertigstellung derart rentierte, daß nicht schließlich doch noch ein Fehlbetrag zu decken sei, der letzten Endes als steuerliche Belastung auf die Schultern der Merseburger Bürgerschaft abgewälzt würde. Wenn schon kommunale Lasten auf die Schultern der Bürger abgewälzt werden müßten, dann gebe es noch viele andere soziale Einrichtungen, deren Ausbau zufördern in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten viel wichtiger sei, als das Ausbauprojekt der Sixtruine. Zum Schlusse ermahnte der Redner die Anwesenden in den kommenden Gemeindevertreterwahlen nur tüchtige und berufene Leute in das Stadtparlament hineinzuwählen und empfiehlt den Anwesenden einen Protest an Magistrat und Stadtvertretung einzureichen, der am Schlusse der Versammlung einstimmig angenommen wird, und folgenden Inhalt hat: „Die heute am 24. ds. Mts. im „Kasino" stattgefundene Versammlung von steuerzahlenden Bürgern der Stadt Merseburg aller Erwerbsstände und Berufsgruppen erhebt schärfsten Protest bei der Stadtverwaltung, sowie der Stadtvertretung gegen die städtischerseits zu starke Ueberspannung der Steuerkräfte des Einzelnen, sei es in der Besteuerung des Hausbesitzers, sowohl als auch der Gewerbebetriebe und verlangt eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten zwischen Reich, Land und Kommunen. Weiter erhebt die Versammlung Verwahrung gegen neue geldliche Anforderungen, welche die Stadt von den Anliegern des neuen Straßendurchbruches zu erheben plant und die Versammlung erachtet den Ausbau der Sixti-Ruine unter Regie der Stadt für zurzeit ungenügend, da die Stadt selbst die heutige Finanzlage für nicht tragfähig bezeichnet, selbst viel dringlicher erscheinende Projekte von sich aus zu finanzieren." — Hierauf folgte die Aussprache, in der zuerst Herr Beth das Wort ergriff und hervorhob, daß besonders das Gastwirtsgewerbe mit einigen Steuerarten, wie Getränke-, Vergnügungs-, Herbergs-, dazu noch die Gewerbesteuer äußerst hart belastet sei. Ferner führte er aus, daß nach Ansicht des Saalbesitzerverbandes eine Notwendigkeit für den Bau eines weiteren Saales nicht notwendig sei, da die Merseburger Säle bisher noch allen Ansprüchen genügt hätten und jetzt in der Zeit der wirtschaftlichen Notlage oft kaum einmal pro Woche im Durchschnitt besetzt seien. Er selbst hätte seinen Saal nur an das Kino-Unternehmen abgegeben, weil er nur so selten besetzt gewesen wäre, daß die Unkosten nicht durch die Einnahmen gedeckt worden wären. Außerdem entginge einmal dadurch, daß das geplante neue Unternehmen des Sixti-Umbaues aller Wahrscheinlichkeit nach keinen Ueberschuß abwerfen würde, der Stadt Einnahmen, zweitens fielen die Einnahmen aus Vergnügungssteuern der übrigen Saalbesitzer weg, eben dadurch, daß viele Veranstaltungen in den Neubau verlegt werden würden. Herr Beth legte daher im Namen des Saalbesitzerverbandes schärfsten Protest ein gegen den Umbau und die damit zusammenhängende Schädigung des ganzen Gastwirts- und Saalbesitzer-Gewerbes und beendet seine Ausführungen damit, daß er seiner Ansicht Ausdruck verleiht, daß es sich kaum umgehen lassen werde, daß die Stadt früher oder später das geplante Sixti-Projekt finanziell werde unterstützen müssen, und daß diese Summen weit besser zur Behebung der Wohnungsnot dienen könnten. Herr Freyberger ergreift anschließend das Wort, ferner Herr Nitzye, Herr Bert, Herr Meinke und Herr Pretzien und bringen alle Gründe vor, die gegen das Projekt sprechen, die alle mehr oder weniger dasselbe besagen. Erwähnenswert ist wohl der Vorschlag des Herrn Meinke, der dahin geht, daß seiner Meinung nach neue Vorschläge zur Beratung für die Stadtverordnetensitzungen in Merseburg immer zu kurz vor der Sitzung bekannt gegeben würden, als daß die Bürgerschaft im Stande wäre, gegen ihr nicht zusagende Vorlagen Einspruch erheben zu können, und daß über diese Vorlagen bereits in der ersten Sitzung Beschlüsse gefaßt würden, ohne daß alle Abgeordneten in der Lage wären, sich mangels Zeit eingehend über alle Vorlagen zu informieren. Hgf.

Luxussteuerfrei. Abschnitte von luxussteuerpflichtigen Stickereien, die als Reisemuster dienen, unterliegen nach einem Urteil des Reichsfinanzhofes als Gegenstände für den täglichen Gebrauch in einer gewerblichen Tätigkeit nicht der erhöhten Umsatzsteuer.

Der Volksschullehrer auf der Universität. Volksschullehrer werden zum Studium nur zugelassen, wenn sie im ganzen mindestens zwei Jahre im Schuldienst gestanden haben. Nach einem Bescheid des Ministers für Volksbildung wird diese Bestimmung nicht auf Lehrer und Schulamtsbewerber angewandt, wenn sie die Reifeprüfung ablegen wollen.

Keine Belohnung mehr für Wiederbelebungsversuche. Die Prämien für Wiederbelebungsversuche sind durch die Geldentwertung so niedrig gewesen, daß sie nicht einmal mehr die Arbeit der Verwaltungsbehörden rechtfertigen. Die Finanzlage des Staates läßt aber eine angemessene Aufwertung der Prämie auf den Vorkriegsstand nicht zu. Auch glaubt die Regierung, daß bei dem heutigen Bildungs- und Kulturstand der Bevölkerung (!!) sie doch nicht ausschlaggebend für die Erhaltung eines Menschenlebens sein könnte. Die Prämie wird deshalb überhaupt nicht mehr gezahlt. Der Minister für Volkswohlfahrt hat sich aber vorbehalten, Entschädigungen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel zu bewilligen, wenn die Wiederbelebungsversuche unter Einsatz von Leben und Gesundheit oder Gefährdung erheblicher wirtschaftlicher Interessen ausgeführt wurden oder sonst dem Ausübenden aus seiner Hilfstätigkeit Schaden erwachsen ist.

Der Unterschied bei den Beamten- und Angestelltenbezügen. Die Bezüge der öffentlichen Angestellten werden am 29. Februar und am 17. März je nur zur Hälfte gezahlt im Gegensatz zu den Bezügen der Beamten, Ruhegehaltsempfänger, Wartegeldempfänger und Hinterbliebenen, die am

Letzte Depeschen

Der Dollar 4200 000 000 000.

Berlin, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Amtlich notierte der Dollar 4 189 500 000—4 210 500 000 bei 3 Prozent Zuteilung.

London 18 104 625—18 195 375 000 000.
Paris 185 535—186 465 000 000.
Schweiz 728 175—731 825 000 000.
Amsterdam 1 571 063—1 578 937 000 000.
Stockholm 1 079 250—1 102 750 000 000.
Kopenhagen 666 330—669 670 000 000.
Prag 122 193—122 807 000 000.
Wien 62 842—63 158 000 000.
Rom 183 540—184 460 000 000.

Ende des Bergarbeiterstreiks.

Köln, 25. Februar. Wie die „K. Z." aus Solingen meldet, gilt der Ausstand im dortigen Industriegebiet gleichfalls als zusammengebrochen. Die Belegschaften der großen Betriebe haben sich für die Wiederaufnahme der Arbeit am heutigen Tage entschieden. Von der Arbeitnehmerseite ist der Schlichter Mehlich um einen Schiedsspruch über die Arbeitszeitfrage angerufen worden.

Eine Heidelberger Pfalzkundgebung.

Mannheim, 25. Februar. Aus verschiedenen Teilen des Badischen Landes werden Treuekundgebungen für die Pfalz gemeldet, die am gestrigen Sonntag vor sich gingen. Besonders die Stadt Heidelberg gedachte in einer eindrucksvollen Kundgebung als ehemalige Hauptstadt der Pfalz ihrer schwerbedrängten Mitbürger in der Pfalz.

Das Riesenpensum des Dockarbeiterstreiks.

London, 25. Februar. Während die Dockarbeiter, die Mitglieder der Transportarbeitervereinigung sind, mit überwiegender Mehrheit die Regelung des Lohnstreits die am Donnerstag erreicht worden war, angenommen haben, hat die Vereinigung der Schauerleute, der etwa 25 000 Mann angehören, beschlossen, den Streik fortzusetzen. Dem Reuterschen Büro zufolge wurde die Arbeit in dem Hafen heute im allgemeinen noch nicht wieder aufgenommen, da die formelle Entscheidung der Dockarbeitervertreter, die im Laufe des Tages zusammentreten werden, noch aussteht.

ersten Tag zwei Drittel, am letzteren ein Drittel erhalten, soweit die erforderlichen Mittel vorhanden sind. Es wird auch keine Gewähr für die Einhaltung der Zahlungstage geleistet. Diese Regelung gilt auch für die Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften.

Lichtbildzwang für Zeitkarten auf der Reichsbahn. Zum 1. April d. J. wird zur Verhütung von Betrügereien für Monatskarten, Schülermonatskarten und Wochenkarten, der Lichtbildzwang eingeführt. Die Fahrkarten-Ausgaben werden mit Blechrahmen ausgerüstet werden, die an die Reisenden käuflich abgegeben werden sollen. In diese Rahmen sind Zeitkarte und Lichtbild von den Reisenden hineinzuschieben und durch einen Bügel festzulegen. Nach Mitteilung der Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg werden die näheren Anordnungen zur gegebenen Zeit noch bekanntgegeben werden.

Die Reisesparkasse der Reichsbahn wird erweitert! Im Anschluß an unsere vor längerer Zeit gebrachte Nachricht über Einführung wertbeständiger Wertzeichen von 2 und 5 Goldmark, teilen wir auf Grund einer Mitteilung der Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg mit, daß neben den bisherigen Reisesparkarten auch solche über 1 Goldmark ausgegeben werden. Die Einführung der Reisesparkarten zu 1 Mark soll den Minderbemittelten und insbesondere Jugendkreisen die Anschaffung von Reisesparkarten der Reichsbahn (wertbeständiger Wertzeichen) nach Möglichkeit erleichtern. Die neuen Karten sind aus brauner Pappe hergestellt. Der Wortlaut des Aufdrucks ist der gleiche wie bei den anderen Werten. Wir weisen nochmals besonders darauf hin, daß die Rücknahme der Reisesparkarten gegen Auszahlung des Betrages an den Schaltern der Reichsbahn ausgeschlossen ist.

Mars in Erdnähe. Bei günstigem Himmel wie wir ihn ja letzthin ausnahmsweise mehrfach hatten, kann der aufmerksame Beobachter schon jetzt eine Zunahme in der Helligkeit des Mars feststellen. Unser nächster Nachbar rückt uns allmählich näher. Der Abstand des Mars von der Erde nimmt bis in den August hinein fortgesetzt ab; dementsprechend wächst seine Helligkeit und seine scheinbare Größe merklich. Ende Februar ist Mars ebenso hell wie Aldebaran, und im Fernrohr erscheint er als ein Scheibchen von sechs Bogensekunden Durchmesser. Im August, wenn er der Erde am nächsten steht, ist er viel heller als Jupiter, ja beinahe so hell als Venus; sein Durchmesser erscheint uns dann unter einer Winkel von 25½ Bogensekunden und seine Entfernung beträgt nur 55 Millionen Kilometer, d. i. etwa ein Drittel des Abstandes Erde—Sonne. Eine derart günstige Gelegenheit zur Erforschung der Marsoberfläche ist seit 1845 nicht dagewesen und wird erst im Jahre 2003 wiederkehren.

Geschäftliches.

Bismarcks Entlassung gehört zu den Dramen, das in Berlin, Hamburg, Breslau und allen deutschen Großstädten stets ausverkaufte Häuser brachte, und so dürfte sich auch hier ein zahlreiches Publikum einfinden, zumal der hohen Kosten wegen nur diese eine Aufführung, am Montag, den 25. Februar im Tivoltitheater, stattfinden kann. Karten sind dort zu haben.

Aus Provinz und Reich

Magdeburg, 24. Februar. (Die Schändung des Gneisenau-Grabes.) Die Diebe des französischen Bronze-Beute-Kanonenrohres vom Grabe Gneisenaus in Sommerschenburg, der Schlosser Friedrich Rischey aus Magdeburg-Sudenburg sowie seine beiden Söhne Fritz und Ewald, wurden jetzt vor der hiesigen Strafkammer wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls und Hehlerei verurteilt. Das Gericht erkannte auf folgende Strafen: Friedrich Rischey wurde zu einem Jahre Gefängnis, der gleichfalls angeklagte Händler Karl Fischer wegen Hehlerei ebenfalls zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden beiden Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt. Sie wurden sofort in Haft genommen. Die Söhne Rischeys wurden wegen Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Berlin 25. Februar. (Dr. Kurt Wulff †.) Die Schriftleitung des „Berl. Lok.-Anz." teilt mit: „Dr. Kurt Wulff der seit einiger Zeit unserer politischen Redaktion angehörte, ist das Opfer eines tragischen Unglücksfalls geworden. Zu später Stunde vom Nachtdienst zurückgekehrt, wollte er das Gas in seinem Zimmer anzünden. Die Wirtin hatte den Hauptahn abgesperrt und der von der Arbeit Ermüdete vergaß, den Hahn wieder zu schließen. Als der Hauptahn am anderen Tage geöffnet wurde, strömte das Gas in seinem Zimmer aus, und da niemand auf den Gedanken kam, weshalb der Mieter so gar nichts von sich hören lasse, ist er im Schlafe die Beute des Gastodes geworden. Erschüttert und in tiefer, aufrichtiger Trauer stehen wir an seiner Bahre."

Berlin, 25. Februar. (Gefaßte Juwelendiebe.) Nachdem schon vor einigen Tagen der gesuchte Juwelendieb Richard Sohter festgenommen worden war, gelang es nunmehr der Züricher Kriminalpolizei, auch seine beiden Helfershelfer hinter Schloß und Riegel zu bringen. Sie waren beide in Pariser Hotels getrennt abgestiegen. Die einsetzende Untersuchung wird sich auch mit den Berliner Hoteldiebstählen befassen.

Berlin, 25. Februar. (Grasbrand auf dem Lindenthaler Exerzierplatz.) Auf dem Lindenthaler Exerzierplatz ist in der Nähe des Uebungswerkes eine große Fläche dürres Gras abgebrannt. Das seltene Schauspiel lockte natürlich eine große Schar Schaulustiger an, um so mehr, da das Feuer ziemlich weit sichtbar war. Die Entstehung des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden; es wird vermutet, daß Schuljungen das Feuer, das durch den Wind sich rasch ausbreiten konnte, angelegt haben, es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß der Brand durch Schießübungen der Reichswehr entstanden ist.

Handel und Verkehr.

Devisenmarkt.

Berlin, 23. Februar. Die Anspannung des Devisenmarktes scheint sich weiter verschärfen zu wollen. Bei unveränderten Kursen (nur London lag ein Geringes schwächer) konnten die gestrigen Zuteilungsquoten nur eben festgehalten werden. Die Auslandsmeldungen für die Mark lauten dabei durchweg etwas fester. Dollarschätze und Goldanleihe wie gestern. Polennoten 436—459 000, österreichische Noten 62 344—62 656 000.

Effektenmarkt.

Berlin, 23. Februar. Im Effektenfreiverkehr war die Geschäftstätigkeit heute etwas lebhafter als sonst an Börsenruhetagen. Es bestand indessen nur für einige Spezialwerte Interesse, so insbesondere für schwere westliche Montanpapiere und für Kaliaktien (z. B. waren Deutsche Kali zu 67 gefragt), die schon gestern bevorzugt gewesen waren. Im übrigen waren noch einige Maschinenwerte begehrt. Die verlautbarten wenigen Kurse hielten sich meist etwas über den amtlichen Notierungen. Unter den unnotierten Papieren hörte man Nachfrage nach einigen Filmwerten.

Am Geldmarkt stellte sich tägl. Geld auf etwa 0,75 pro Mille. Zu diesem Satz war es ziemlich reichlich erhältlich.

Hallsche Notierungen vom 23. Februar.

(In Milliarden Prozent.)

Hallescher Bankverein 3200 bB, Hallesche Pfännerschaft 2.-G. 24000 bB, Prehlitzer A.-G. 81000 bG, Rieb. Montanwerke A.-G. 70000 bB, Werschen-Weißenf. 98000 G, Ammendorfer Papier 9000 bG, Cröllwitzer Papier 13000 G, Könnerner Malzfabrik 45000 G, Eilenb. Kattun 29000 G, Eisenw. Brünner 2300 bG, F. Zimmermann u. Co. 1300 bG, Glauziger Zucker 30000 B, Hallesche Maschinen 26750 b, Hallesche Röhrenw. 1800 bG, Heckert 1100 bG, Hildebrandsche Mühlen 8000 bB, Moriz Jahr 1300 bG, Gebr. Jentzsch 25000 G, Wilh. Kathe Akt. 4500 bG, Körbisdorfer Zucker 135000 B, Kyffhäuserhütte 1—8500 3100 bG, Gottfried Lindner 19500 bG, Schraplauer Kalkw. 2600 bG, Wegelin u. Hübner 9500 bG, Zuckerraffinerie Halle 29000 B, Halle-Hettst. Eisenb.-A. 15500 G, Brucck.-Nietlebener Bergb. 6000 G.

Im Freiverkehr notierten Bernb. Saalm. 2000 G, Cäsar u. Loretz 6250—6500, Czernow. Glas 2800 G, Halle Malz 6500 G, Hanfimport 2000, Vester 1000—950.

Produktenmarkt.

Berlin, 23. Februar. Die Haltung war heute wenig verändert. Gute Braugerste konnte zu besseren Preisen Nehmer finden. In Hafer, dessen Ausfuhr freigegeben ist, herrschte lebhaftere Nachfrage ohne entsprechendes Angebot bei behaupteten Preisen. Weizen etwas schwächer, Roggen bei stillem Geschäft fest.

Mittagsbörse. Amtlich wurden notiert (Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg, in Goldmark): Weizen, märk. 163—169, meckl. 160—165, Roggen, märk. 133—138, pomm. 128—131, Braugerste 160—176, Futtergerste 140—153, Hafer, märk. 108—114, pomm. 104 bis 110, westpr. 100—104, Weizenmehl per 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 25,25 bis 27, Roggenmehl 21,75—23,75, Weizenkleie frei Berlin 8,50, Roggenkleie frei Berlin 7, Raps 290—295, Leinsaat 415—435, Viktoriaerbsen 27—28, kleine Speiseerbsen 17—19, Futtererbsen 13—14, Peluschken 12—13, Ackerbohnen 13,50—14,50, Wicken 13—14, Lupinen, blaue 14—14,50, gelbe 15—16,50, Seradella 13—14, Rapskuchen 10,60 bis 10,80, Leinkuchen 21—22, Trockenschnitzel 8, vollw. Zuckerschnitzel 16—22, Torfmelasse 30-70 8, Kartoffelflocken 16,40.

Leipzig, 23. Februar. Weizen, inl. 160—168, Roggen, inl. 146—153, Sommergerste, inl. 180—190, Wintergerste 155—165, Hafer, inl. 130—140, Mais, amerik. rundeingu 210—225, Raps 240—260.

Berliner Schlachtviehmarkt vom 23. Februar.

Auftrieb: Rinder 1584, Bullen 493, Ochsen 442, Kühe 649, Kälber 1300, Schafe 3350, Schweine 5864, Ziegen 15, Auslandsschweine 1367. Marktverlauf in allen Gattungen ruhig. Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes 42—45, do. im Alter von 4—7 Jahren 36 bis 39, junge, fleischige, nicht ausgemästete und alte ausgemästete 32—35, mäßig genährte junge, gut genährte ältere 26—30. Bullen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes 37—40, do. jüngere 33—35, mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 28—32. Färsen und Kühe, vollfleischige ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 36 bis 42, do. Kühe höchsten Schlachtwertes 36—42, ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 30—34, mäßig genährte Kühe und Färsen 25—28, gering genährte Kühe und Färsen 20—22, gering genährtes Jungvieh (Fresser) 28—33. Kälber, feinste Mastkälber 80 bis 85, mittlere Mast- und beste Saugkälber 60—70, geringe Mast- und gute Saugkälber 45—55, geringe Saugkälber 35—40. Schafe, Mastlämmer und jüngere Mastlämmer 45 bis 50, ältere Masthammel, geringe Mastlämmer und gut genährte junge Schafe 35—42, mäßig genährte Hammel und Schafe 20—30. Schweine, 200—240 Pfd. Lebendgewicht 68, 160—200 Pfd. 66—68, 120—160 Pfd. 62 bis 65, unter 120 Pfd. 57—60, über 120 Pfd. 52—55. Sauen 60—65. Ziegen 20—25 (alles in Goldmark).

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: K. Hennemeyer — Sport: A. Rank — Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240225-13/fragment/page=0003

Union-Theater

Können Gedanken töten?

(Gefesselte Menschen).

Eine ungeliebte Frau (Leopoldine Konstantin) steht dem Lebensglück zweier Menschen entgegen, die sich lieben
Ihr Gatte, der Maler, Ragua
gespielt von Erich Kaiser-Titz Käte Dorsch
Den heimlichen Wünschen der beiden kommt das Schicksal zu Hilfe: Die ungeliebte Frau stirbt unter verdächtigerscheinenden Umständen. Der Weg zum Glück ist frei. In das Gewissen Raguas aber bohrt sich die quälende Frage:

Können Gedanken töten?

Ihr auffallend geängstetes Wesen bestärkt den Maler in dem

Verdacht des Mordes,

begangen an der ungeliebten Frau. Zu spät ergründet er den wahren Zusammenhang.

Seine bösen Gedanken hatten Ragua getötet??

In weiteren Rollen:
Ilka Grüning — Elsa Wagner — Olga Engl — Paul Hartmann
Walter Diegelmann u. a.

Auf der Bühne:

Große internationale

Preis-Ringkämpfe und -Boxkämpfe!!!

Folgende Berufs-Ringer haben ihre Teilnahme zugesagt:
Paul Opitz, Meisterringer von Sachsen
Franz Schmidt, Meisterringer von Mitteldeutschland
Tinko Omelschtenko, Meisterringer von Rußland
Max Hänisch, Meisterringer von Schlesien
Ladislaw Stoisk, Meisterringer von Polen
Willy Metzner, Meisterringer von Deutschland.

Diese Kämpfe werden unter Kontrolle des internationalen Ringer-Verbandes, Sitz Berlin, ausgetragen. Als Schiedsrichter fungiert der bekannte Weltmeister im freien Ringkampf Feodor Schmidt.

Anfang täglich 5¼ und 8 Uhr.

Pfälzerwald-Verein

Donnerstag, den 28. ds. Mts. abends punkt 8 Uhr im „Casino"

Konzert

zum Besten der Pfalzspende.

Ausser ersten Kräften des Philharmonischen Orchester-Vereins haben u. a. noch ihre Mitwirkung zugesagt:

Frau Landesrat Bothe,
Herr Fritz Busch.

Eintrittskarten à Mk. 1.— im Vorverkauf bei:
Paul Rath, Goldschmied, Burgstr. 15,
Karl Köppe, Kürschnermeister, Gotthardtstr. 24,
C. Aug. Tischer, Neu-Rössen, Mittelstr. 28.

Der Ausschuss für den Pfalztag:
Bessert, Stadtrat — Stuhlfauth, 1. Vors. — Serini, 2. Vors.

Redegewandte Damen zum Vertrieb eines gangb. **Damenartikels** bei hoher Verdienstmöglichkeit für sofort gesucht. Gefl. Angebote erbet. an **Rojelt u. Beyer, Jena,** Gartenstraße 6.

Nationalkassen (beide Nummern erbeten) kauft **Bügler, Berlin,** Schlüter-Straße 21

Ein bei Kolonialwaren- u. Schokoladengeschäften im hiesigen Kreise gut eingeführter **Vertreter** oder **Reisender** gegen hohe Provision von sehr leistungsfähiger Zuckerwaren- u. Dragee-fabrik bald gesucht. Gefl. Off. unter No 468/24 an den Verlag ds. Ztg.

Sehr guterhaltener **Drilling** 16×1; — 1a. in Schußleistung — mit Gewehrkoffer und 62 gel. Kugelpatronen für 125 G. M zu verkaufen.
Gutenbergstr. 13, part.

Seifen-Vertreter allerorts gesucht. Hoher Verdienst. Offerten unt. **C. E 464 Invalidendank Leipzig.**

Kirchliche Nachrichten.

Dom. Getauft Elsa, Tocht. d. Arbeit. Wilhelm Fiedler; Otto, Sohn des Arbeiters Fritz Knust. — Beerdigt: Frau Gertrud Else geb. Kunert, Frau Amanda Fuß geb Thieme.

Stadt. Getauft: Brunhilde, Tocht d. Hilfsarbeiters Günderroth; Hildegard, Tocht d Arbeit. Richter; Gertrud eine uneheliche Tochter. — Getraut: Der Lehrer A P Wiede mit Frau M. G F. geb. Lohrengel. — Beerdigt: D. Ww Treutschke; die Ww Genthe; der Friseur Steinbach; d. Kind Heinz Berndt.

Altenburg. Getraut: Der Mechaniker Wilhelm Schröder mit Frau Frieda geb. Ronniger. — Beerdigt: Der Oberst a D Friedrich Wilhelm von Hollink; der Sohn des Mechanikers Opitz; der Arbeiter Paul Schenk.

Neumarkt Getauft Elfriede, T. d. Brauereiarbeiters Karl Lühr; Heinz Sohn d. Ranglerers Wilhelm Ballin.

Um meinen werten Kunden besondere Vorteile zu bieten, veranstalte ich bis zum 1. März

Billige Verkaufstage
in Münchener Lodenbekleidung.

Joppen mit Falten, offen und geschlossen	Mk. 19.—	28.—	38.—
Joppenanzüge mit langer Hose	Mk. 48.—		
Joppenanzüge mit Breeceshose	Mk. 52.—	56.—	
Imprägnierte Lodenmäntel für Damen	Mk. 30.—	35.—	
Imprägnierte Lodenmäntel für Herren	Mk. 28.—	36.—	48.—
Imprägnierte Lodenmäntel für Burschen	Mk. 25.-	bis 28.-	je nach
Imprägnierte Lodenmäntel für Knaben	Mk. 16	bis 22.-	Größe
Gemusterte Sportanzüge mit Weste für Herren	Mk. 55.—	62.—	
Gemusterte Sportanzüge mit Weste für Burschen	Mk. 42.—	bis 46.—	

— Nur beste Qualitäten kommen zum Verkauf —
Angezahlte Gegenstände werden bis 14 Tage zurückgelegt.

Ernst Rulffes, Gotthardtstraße 16, — Fernruf 421. —
Tuchhandlung. — — Herrenschneiderei.

Eröffnungs-Anzeige!

Am heutigen Tage eröffne ich in den neurenovierten Geschäftsräumen **Weißenfelser Straße 7,** am Gotthardtsteich, in Merseburg, **eine Filiale,** in welcher

Herrenzimmer
Speisezimmer
Schlafzimmer
Küchen
Kleinmöbel etc.

zur Ausstellung gelangen.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sowie vornehmste Pflicht sein, der verehrten Kundschaft bei Kauf mit nur bestem Material zu angemessenen Preisen und kulanten Zahlungsbedingungen zu dienen und bitte ergebenst mich auch in meinem neuen Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen.

Möbelfabrik Schwimmer.

Kammer-Lichtspiele

Programm von Dienstag bis Donnerstag.

Unter Bestien
oder **Menschliche Bestien.**

Ein großer Zirkus- und Sensations-Film in 6 Akten mit d. größten Kraftmenschen der Welt.

Hierzu:

Texas Fred's Brautfahrt.

Wildwest-Cowboy-Komödie in 4 Akten

Hier können Sie eine Stunde alle Sorgen und Kummer vergessen, Sie müssen lachen.

Anfang 5 und 7½ Uhr.

Tivoli-Theater Merseburg

Dir.: Siegfried Deutsch-Weimar.

Gastspiel des Berliner Residenz-Ensemble

Montag, den 25. Februar 1924, ½8 Uhr abends:
Durch Urteilsspruch des Berliner Kammergerichts freigegeben:

Bismarcks Entlassung

Verboten gewesen! Verboten gewesen!

Ein Bühnenspiel in 3 Akten von Dr. Emil Ludwig

Nur einmalige Aufführung!

Preise der Plätze: Mk. 2,—, 1,50, 1,—
Vorverkauf im Tivoli-Theater.

Wir suchen:
ser. Firmen oder Persönlichkeiten für den Vertrieb unserer Rundfunkempfänger in dem hiesigen Bezirke.
Wir bieten:
ein Empfangsgerät höchster Vollendung, welches bisher noch nicht auf dem Markt erschienen und in grösseren Mengen sofort lieferbar ist.
Wir überzeugen:
Interessenten vor Vertragsabschluss von der Güte unserer Fabrikate durch Vergleich mit anderen Erzeugnissen.
Mitteldeutsche-Heim-Radio Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. Gotha.

Großer öffentlicher Vortrag

Mittwoch, den 27. Febr., abends 7½ Uhr, spricht im „Herzog Christian" (oberer Saal) der bekannte **Medizinalpolitiker Schindler** über

Volksfechtum und Staatsmedizin.

Aerzte und Heilkunde gebildete herzlichst willkommen. — Eintritt frei. —

Biochemischer Verein.
Dienst., d. 26., abds. 8 Uhr Mitgl.-Vers. Sandl.

Invalidenversicherung.

Die am 31. Dezember 1923 außer Kraft getretenen Beitragsmarken dürfen für 1924 nicht mehr verwendet, dagegen müssen die seit vorgenanntem Zeitpunkt eingeführten Marken der Lohnklassen 1 bis 5 jetzt erforderlichenfalls auch zur nachträglichen Beitragsleistung für frühere Beschäftigungszeiten benutzt werden. Bei den demnächst stattfindenden Prüfungen der Beitragsentrichtung müßten die für 1924 etwa noch verwendeten alten Marken als ungültig beanstandet werden.

Unterlassung der richtigen und rechtzeitigen Markenverwendung kann vom Vorstand der Landesversicherungsanstalt mit Geldstrafen bis zu 1000 Goldmark geahndet werden.

Wo findet älterer besser. Herr, auf schnellstem Wege in gut. Hause **freundlich möbliert. Zimmer** gegen zeitgemäße Bezahlung.
Angeb. werden unter „**Wohnungslos**" an d. Exp. d. Bl. erbet.

Neue Transporte erstklassig., selt. schöner 4- und 5jähriger **belgische Arbeitspferde** in allen Farben, **darunter prima Zuchtstuten** eingetroffen und stelle dieselben vom **Mittwoch, den 27. ds. Mts,** preiswert zum Verkauf.

Reelle Bedienung.
Erleichterte Zahlungsbedingungen.

Rudolf Strehl, Lützen
Pferdehandlung
Gasthof Stadt Berlin. — Telephon 9.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240225-13/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 47 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 25 Februar 1924.

Heisserich über die Pfalz.

Die Pfalzdebatte bewegte sich auf einem ziemlich tiefen Niveau, weshalb wir davon Abstand nehmen, ausführlich darüber zu berichten. Erst dem deutschnationalen Abg. Dr. Helfferich gelang es, die Pfalzfrage von einer höheren, nämlich geschichtlichen, Warte anzupacken, weshalb wir seine Rede hier ausführlicher nachtragen wollen. Helfferich, selbst ein Pfälzer, führte aus:

Unsere Pfälzer Landsleute haben gezeigt, daß deutsche Treue noch kein leerer Schall geworden ist, daß man uns entrechten, aber nicht knechten kann.

Dort in der Pfalz, Herr Reichsaußenminister, nicht im Ausland, sehe ich das **Morgenrot der deutschen Freiheit.** Lerne aus der deutschen Vergangenheit, nur dann kannst du deine Zukunft meistern. Das französische Volk lebt im seiner Geschichte, **das deutsche Volk aber hat seine geschichtliche Tradition vergessen** und deshalb auch den Boden der Gegenwart verloren. Jetzt steigt die Vergangenheit wieder auf, Ludwig XIV. steigt wieder aus seinem Grabe. Das „Brulez le Palatinat!" („Verbrennen Sie die Pfalz!") klingt uns wieder in den Ohren.

Seit tausend Jahren richtet sich die französische Eroberungssucht auf die deutschen Lande am Rhein. Sie ist nicht das Dogma französischer Könige und Kaiser, nicht das Dogma französischer Generale, sondern **das Dogma des französischen Volkes.** Alle Regierungen haben ihm mehr oder weniger dienen müssen. Die Methoden haben gewechselt, aber selbst in ihnen ist eine gewisse Beständigkeit. **Grausamkeit** wird noch heute als das beste Mittel genannt, um den deutschen Widerstand zu brechen. (Hört hört! rechts, Zuruf: Echt französisch!) Neben dieser sadistischen Grausamkeit steht die **schamlose Verlogenheit.** Schon Ludwig XIV. kämpfte angeblich für die „liberte germanique" und heute erklärt Poincare: Wir wollen nur, daß die deutsche Bevölkerung am Rhein sich frei von der deutschen Hegemonie entfalte. (Lachen rechts.) Das Bekenntnis zur Vertragstreue geht Hand in Hand mit der festen Entschlossenheit, jeden Vertrag zugunsten Frankreichs zu biegen oder zu brechen. Die Versailler Bedingungen, die aus der Hand der Franzosen kommen, sind ganz nach dem Muster des **Friedens von Osnabrück** gearbeitet, damals waren es die reunions, heute, sind es die reparations, mit denen man das deutsche Volk vernichten will. (Zuruf links: Bleiben Sie in der Gegenwart!) **Ich zeige Ihnen die Gegenwart im Spiegel der Vergangenheit.** (Lärm links, Zurufe des Abg. Ledebour; erregte Gegenrufe rechts.) Die französische Politik ist sich in allen Jahrhunderten gleich geblieben. Auch Napoleon III. wollte mit Oesterreich ein Geheimabkommen schließen, wonach das linke Rheinufer französisch werden sollte. Ich erinnerte ferner an die Geheimabkommen, die dem letzten Krieg vorhergegangen sind. Die Unterstellung des Saarreviers unter ein internationales Regime hat **Clemenceau durch gemeinen Betrug** erschlichen: Clemenceau hat Wilson vorgeredet, daß im Saarrevier 150 000 Franzosen lebten. Was ist von seiten der deutschen Regierung geschehen, um eine solche Politik von Schuften zu durchkreuzen? Ich frage den Reichsminister de Auswärtigen, ob wir nicht auf Grund des Versailler Vertrages die **Wiedergutmachung des unerhörten Betruges verlangen können, der mit dem Saargebiet getrieben ward.** (Sehr richtig! rechts.) Die Veröffentlichungen Lloyd Georges haben uns gezeigt, wie Clemenceau Wilson beeinflußt hat, der fünfzehnjährigen Besetzung des Rheinlandes zuzustimmen. Lloyd George hat erklärt, daß damit gegen Treu und Glauben verstoßen sei, aber er hat sich leider damals am 22. April 1919 der vollendeten Tatsache gebeugt und das wird ihm die Geschichte zum größten Vorwurf machen. Der italienische Ministerpräsident Dr. Orlando hat sich nicht gebeugt. Die Besatzung ist durch Betrug in den Versailler Vertrag hineingekommen; denn nach den Waffenstillstandsbedingungen sollten nur einige strategische Punkte auf dem linken Rheinufer besetzt werden. Statt der anfänglichen 70 000 Mann Besatzung sind es jetzt mehr als 180 000 (Hört, hört!).

Der Kampf um unser Recht muß auch hier im Reichstag auf der ganzen Linie einheitlich ausgefochten werden. Die Bevölkerung steht an Ort und Stelle ihren Mann, das weiß ich. Sie hat bisher allen Bedrückungen und Bedrohungen tapfer widerstanden. Die Partei darf, solange wir die ausländischen Bedrücker nicht abgeschüttelt haben keine Rolle spielen. (Beifall rechts.) Die Betrachtungen über monarchistische Ziele einzelner Parteien sind hier völlig überflüssig. De Metz hat erklärt, er wolle alle Teufel gegen die Pfalz loslassen, bis die bürgerlichen Parteien zu Kreuze kriechen. (Pfuirufe). Und er hat alle Teufel losgelassen. Etwas anderes ist ja das Separtistengesindel nicht. (Zustimmung). Von den Franzosen wurden sie bewaffnet und mit der Eisenbahn zusammengeholt, wo sie einesetzt werden sollten, und, eskortiert vom schwarzen und weißen Franzosen, marschierten diese Teufel dann, nachdem die Bevölkerung und die Polizei auch ihrer harmlosesten Waffen beraubt waren, gegen die Verwaltungsgebäude vor und besetzten sie. **Ueber die Verbrechen des separatistischen Gesindels hielten die Franzosen ihre schützende Hand.** Auf alle Klagen erwiderten die Besatzungsbehörden unter Berufung auf den Versailler Vertrag, daß sie sich in innerdeutsche Verhältnisse nicht einmischen könnten. (Hört, hört!) Doch „wenn der Bedrückte sein Recht kann finden, wenn unerträglich wird die Last, greift er hinauf getrosten Mutes in den Himmel und holt herunter seine ewigen Rechte!" (Zuruf des Abg. Ledebour [b. k. Fr.], der übertönt wird vom stürmischen Beifallsrufen der Rechten.) **Und meine Pfälzer Landsleute haben in den Himmel gegriffen und haben heruntergeholt ihre ewigen Rechte mit ihrem eigenen Blut, das Recht, Deutsche zu sein.** (Erneuter Zuruf des Abg. Ledebour, der wieder untergeht in lebhaftem Beifall der Rechten und Rufen: Pfui! Schmeißt den Kerl raus!) Dem englischen Generalkonsul Clives sind die Pfälzer für seine unparteiische Untersuchung von Herzen dankbar. Solange die französischen Gewalthaber am Rhein sitzen, wird es keine Ruhe geben, auch die Vereinbarungen mit dem Kreistag können mich nicht beruhigen. Wir wünschen, daß diese Abmachungen bald bekanntgegeben werden und verfassungsmäßige Zustände nach Aufhebung dieses Provisoriums wiederhergestellt werden. Das System der Okkupation hat sich selbst gerichtet. Es muß verschwinden und wird verschwinden, wenn wir im Reichstag unsere Pflicht erfüllen, wie es die Pfälzer getan haben. **Die Pfälzer verlangen Treue um Treue!** Die Rede des Reichsaußenministers am Sonntag und manches andere sind nicht geeignet, alle Besorgnisse zu zerstreuen. Leider hat der Minister die Presseberichte noch nicht richtiggestellt. (Minister Dr. Stresemann: Ueberlassen Sie das doch der Debatte in nächster Woche!) Das deutsche Volk will keine Beschönigungen, es will Wahrheit. Wir wollen nicht den Schein der Freiheit, sondern die Freiheit selbst! (Beifall rechts.)

*

Hilfe für die Ruhrgefangenen.

Als Stresemann Reichskanzler war, rechnete er es sich als ein „Verdienst" an, den Ruhrkampf abgebrochen zu haben. Zuerst allerdings hat der damalige Reichskanzler Dr. Stresemann erklärt, daß eine Voraussetzung für die Abbrechung des Ruhrkampfes die Herausgabe der Ruhrgefangenen seitens des französischen und belgischen Raubgesindels sei. Nachher aber hat man von dieser Forderung nichts mehr gehört. Der Ruhrkampf wurde abgebrochen. Ueber das Schicksal der deutschen Ruhrgefangenen war auf der Seite der deutschen Regierung nichts mehr zu erfahren.

Verschiedene Blätter, die wegen ihrer geradezu skandalösen Haltung während des Ruhrkampfes allen Grund haben, die wahren Zusammenhänge zu vertuschen, suchen nun „gelegentlich" die Sachlage so darzustellen, als ob die meisten deutschen Ruhrgefangenen bereits wieder entlassen seien. Dabei sind in Wirklichkeit in nur ganz geringen Ausnahmefällen vorzeitige Haftentlassungen vorgekommen.

Ueber die Zahl der Ruhrgefangenen, die immer noch in französischen und belgischen Gefängnissen schmachten, berichtet die letzte Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung". Die Deutsche Juristenzeitung schreibt, daß sie auf Grund aktenmäßigen Materials die Zahl der immer noch in Gefangenschaft befindlichen Deutschen feststellen könne. Am 10. Januar d. Mts. sind nach den Angaben der Deutschen Juristenzeitung allein noch 420 Beamte und 1650 andere Personen in französischen und belgischen Haft gewesen. Seit dieser Zeit sind nur ganz geringe Haftentlassungen vorgekommen.

Es ist geradezu unglaublich, daß noch heute eine derart hohe Zahl deutscher Staatsbürger in französischen und belgischen Gefängnissen schmachten muß. Das „Verbrechen", was die Ruhrgefangenen „begangen" haben, ist nichts anderes, als daß sie sich in den Monaten des Ruhrkampfes mit der ganzen Person für die deutsche Heimat eingesetzt haben. Es müßte doch für die deutsche Regierung, wie für jeden einzelnen Deutschen einfach eine Selbstverständlichkeit sein, nicht eher zu ruhen, als bis auch der letzte Ruhrgefangene der deutschen Heimat wiedergegeben ist. Es ist notwendig, das Gewissen der Reichsregierung immer wieder zu schärfen, damit sie endlich einmal vor keiner Konsequenz zurückschrickt, um die Ruhrgefangenen zu befreien.

*

Prozeß gegen Plauener Nationalsozialisten.

Plauen, 23. Februar. Vor dem Amtsgericht Plauen hatten sich 50 Personen wegen Begünstigung und Unterstützung der verbotenen nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu verantworten. Die Angeklagten hatten der Ortsgruppe Plauen der Partei angehört, trafen sich aber nach Auflösung der Partei weiter, namentlich im Restaurant „Bergkeller". Auch wurden regelmäßige Sprechabende angekündigt.

Nach zweitägiger Verhandlung wurde am Donnerstag das Urteil gefällt. Wegen Vergehens gegen die Verordnung des Wehrkreiskommandos (Beteiligung an einer verbotenen Versammlung) wurde der Architekt Alfred Walsleben, der in einer Versammlung in Jößnitz als Redner aufgetreten war, zu 20 Goldmark Strafe verurteilt. Fünf weitere Angeklagte erhielten je 10 Goldmark Strafe; die übrigen 44 Angeklagten wurde freigesprochen.

*

Verschiebung des Termins für die Reichstagswahlen.

Im Reichstag geht etwas um, ganz heimlich, damit nur die Oeffentlichkeit nicht gar zu frühzeitig etwas davon erfahre. Denn die Oeffentlichkeit könnte unter Umständen dieses „Neue" sehr entschieden ablehnen und sogar recht ungemütlich werden. Um was handelt es sich? Die Augen der Abgeordneten starren hypnotisiert nach dem Termin, der die Reichstagswahlen bringen soll. Man weiß sehr wohl, daß ein sehr großer Teil dieser Volksboten, die so eifrig jahrelang an der Arbeit waren, Stein um Stein von dem Bau abzutragen, der die Würde und das Ansehen des Parlaments barg, nicht wieder in das Haus am Königsplatz zurückkehren wird. Das Volksgericht wird für die meisten, sofern sie nicht Führer sind, also auf der Kandidatenliste obenan stehen und somit eine gesicherte Position einnehmen, das Votum fällen: Gewogen und zu leicht befunden! Unter dem Eindruck der **kommenden großen Abrechnung der Wählerschaft mit den Abgeordneten** lancieren nun diese Herren, denen um ihr Mandat bange ist, vorsichtig den Plan, die Legislaturperiode über Juni hinaus, etwa bis zum Herbst zu verlängern, um dann erst die Wahlen vorzunehmen. Keiner will das erste Wort sprechen. Denn so ein kleines Restchen von Schamgefühl hat man sich doch noch in diese Tage hinübergerettet. Man wartet auf den Dummen, der zuerst das erlösende Wort spricht und die peinliche Frage „an-

---

Der Millionengarten.

Roman von **Reinhold Ortmann.**

[5] (Nachdruck verboten.)

Zustimmend neigte Hertha Madelung den feinen braunen Kopf.

„Ja, ich verstehe es, liebe Frau Kaska! Und ich freue mich mit Ihnen, daß Sie Ihren Sohn nun ja wieder bei sich haben werden. Auch Ihrem Manne wird es sicherlich große Genugtuung bereiten."

„Ach ja! Aber ich bin doch in einiger Unruhe. Denn er hat schon wieder seine ehrgeizigen Pläne mit dem Jungen. Täglich spricht er davon, daß Oswald jetzt aus dem Staatsdienst ausscheiden und ein selbständiger Architekt werden müsse. Er soll durchaus einen großen und berühmten Namen machen. Das ist nun einmal von jeher Pauls Idee gewesen. Am liebsten hätte er es gesehen, wenn Oswald ein Maler oder ein Dichter geworden wäre. Nurr wegen der Berühmtheit oder wegen der Freiheit, wie mein Mann es nennt. Er wollte es gar nicht für möglich halten, daß der Junge zu nichts derartigem Talent haben sollte. Und er hat ihn mit seinem Zureden oft bis zur Verzweiflung gequält."

„Das ist eigentlich recht merkwürdig. Man sollte Ihren Gatten doch viel eher für einen nüchternen Arbeits- und Verstandesmenschen halten, dem ein praktischer und einträglicher Beruf erstrebenswerter scheinen müßte als einkünstlerischer."

„Nicht wahr? Es ist kaum zu begreifen. Und das ist wirklich das einzige an meinem Paul, was ich niemals so recht verstanden habe. Es steckt irgend etwas dahinter, was er nicht aussprechen mag. Vielleicht, weil er mich für zu einfältig hält, es zu begreifen. Er ist ja so sehr viel klüger als ich, viel klüger, als die Leute es wissen. Weil er nur Bureauvorsteher bei einem Rechtsanwalt ist, meinen sie, er habe es im Leben zu nichts Rechtem gebracht. Aber Sie sollten nur hören, wenn er einmal so recht aus sich herausgeht. Im Gespräch mit Oswald zum Beispiel, in dessen Gesellschaft er immer am besten aufgelegt ist. Da kann ich nur stille zuhören und mit Bewunderung zu ihm aufsehen. Sicherlich könnte er heute an irgendeiner hervorragenden Stelle stehen, wenn er es nur gewollt hätte."

„Hertha Madelung hörte solche Lobeshymnen auf den Bureauvorstehers ihres Vaters hier wohl nicht zum erstenmal. Sie erwiderte ein paar freundliche Worte, die dazu bestimmt waren, dem Herzen der Gelähmten wohlzutun. Dann schickte sie sich zum Aufbruch an.

„Grüßen Sie Herrn Oswald von mir, wenn er wieder da ist," sagte sie ihm Fortgehen, „und sorgen Sie, daß er mich gelegentlich in der Klinik aufsucht. Ich hätte sehr gern Ihretwegen mit ihm gesprochen. Denn ich kann mich noch nicht mit dem Gedanken abfinden, daß Sie für den ganzen Rest Ihres Lebens an diesen Stuhl gefesselt bleiben sollen."

Noch ehe sie die Ausgangstür der Wohnung erreicht hatte, traf sie mit dem heimkehrenden Hausherrn zusammen. Sie hatte ihn seit Wochen nicht gesehen und fand, daß sein faltiges, verdrossenes Gesicht in dieser Zeit überraschend gealtert sei. Es erheiterte sich bei ihrem Anblick nicht merklich: aber er begrüßte sie mit einer gewissen Ehrerbietung und nötigte sie, noch ein wenig zu verweilen.

„Es ist sehr gütig, Fräulein Doktor, daß Sie wieder einmal nach meiner kranken Frau gesehen haben. Zu helfen ist ihr ja leider nicht mehr. Aber ich weiß, wie große Freude sie über Ihren Besuch hat."

Es ist keineswegs sicher, Herr Kaska, daß ihr nicht doch noch zu helfen wäre. Wenn Sie einverstanden sind, bitte ich meinen Chef, den Professor Hamberger, Ihre Frau einmal zu besuchen. Er hat neuerdings in ganz ähnlichen Fällen durch einen operativen Eingriff erstaunliche Erfolge erzielt. Und ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß es ihm auch hier gelingen würde."

Das Gesicht des Bureauvorstehers sah plötzlich noch zerknitterter aus als zuvor.

„Hoffentlich haben Sie ihr nicht davon gesprochen und ihr eine Hoffnung in den Kopf gesetzt, die sich nicht erfüllen kann. Denn ich gebe nicht zu, daß man an ihr herumschneidet. Unter keinen Umständen gebe ich es zu."

„Auch dann nicht, wenn ein bedeutender und sehr gewissenhafter Arzt Ihnen die völlige Wiederherstellung Ihrer Gattin versprechen kann?"

„Das kann niemand. Es würde immer ein gewagter Versuch bleiben. Und für den ist sie mir zu schade. Außerdem — wer sagt Ihnen denn, daß sie glücklicher sein würde, wenn sie wieder herumlaufen und unter die Menschen gehen könnte? Haben Sie überhaupt schon mal gesehen, daß jemand durch den Verkehr mit den Menschen glücklicher geworden wäre? So lange sie auf ihre vierr Wände angewiesen bleibt, kann ich sie hüten und schützen. Und darum meine ich, es ist am besten, alles so zu lassen, wie es ist."

„Nun, ich hoffe, Herr Kaska, daß das noch nicht Ihr letztes Wort gewesen ist. — Im übrigen — wie geht es meinem Vater? Ich bin so mit Arbeit überbürdet, daß ich ihn schon seit Wochen nicht mehr besuchen konnte."

„Als Aerztin könnten Sie ihm vermutlich nicht viel helfen. Der Herr Doktor braucht einen Nervenspezialisten, und es müßte außerdem einer sein, der die Macht hat, ihn zur Befolgung seiner Vorschriften zu zwingen."

„Sie finden ihn doch nicht kränker, Herr Kaska?"

„Nun jedenfalls auch nicht gesünder. Bei einem Mann in seinem Beruf ist es immer ein bedenkliches Zeichen, wenn er sich jeden Aerger zu Herzen nimmt und ihn an seiner Lebenskraft zehren läßt. Vor einigen Monaten noch würde er über Gehässigkeiten, wie die des Herrn Staatsanwalts Lohmer, mit einem überlegenen Witzwort hinweggegangen sein. Heute bringen sie ihn aus der Fassung."

Ein Ausdruck peinlichen Ueberraschtseins war in die Züge der jungen Aerztin gekommen.

„Gehässigkeiten? Von seiten des Herrn Doktor Lohmer? Und gegen meinen Vater? Hat er sich über etwas derartiges beklagt?"

Der Bureauvorsteher nickte.

„Der Staatsanwalt läßt seit einiger Zeit keine Gelegenheit ungenützt, Herrn Doktor Madelung seine feindselige Gesinnung so unzweideutig als möglich zu beweisen. Bei der heutigen Verhandlung gegen den Bankier Sternheim hat er es besonders arg getrieben. Ich weiß das nicht nur von Ihrem Vater, sondern auch von einem ganz unparteiischen Ohrenzeugen. Es war, als ob er es geradezu auf die Vernichtung Ihres Vaters abgesehen hätte."

„Ah, Sie übertreiben. Was kann er ihm denn anhaben? Es sind doch nur sachliche Gegensätze, die zwischen dem Staatsanwalt und dem Verteidiger im Gerichtssaal zum Austrag kommen. Jeder von ihnen tut eben seine Pflicht. Und daß Doktor Lohmer ein Mann des unerschütterlichen Pflichtbewußtseins und der strengen Pflichterfüllung ist, kann man ihm wohl nicht zum Vorwurf machen."

Paul Kaska verzog das Gesicht zu einer Grimasse.

„Pflicht! — Pflicht! — Das ist auch so eines von den Worten, hinter denen sich auf die bequemste Art allerlei Gemeinheit und Nichtswürdigkeit verstecken läßt. Man soll gegen niemand mißtrauischer sein als gegen die Leute, die sich bei jeder Gelegenheit auf ihr unbestechliches Pflichtgefühl berufen. Was der Herr Staatsanwalt seine Pflicht nennt, ist ein Haufen toter Buchstaben, aus denen sich alles Mögliche machen läßt. Es kommt eben nur darauf an, in welchem Geiste man sich ihrer bedient. Und der Geist des Herrn Staatsanwaltes ist kein menschenfreundlicher, am wenigsten, wenn es sich um Doktor Madelung handelt. Wäre ich an Ihrer Stelle, Fräulein Doktor, ich würde ihn als meinen Todfeind ansehen."

Das junge Mädchen war bleich geworden, und ihre Lippen hatten sich fest geschlossen. Nach einem Augenblick des Schweigens sagte sie:

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240225-13/fragment/page=0005

schneidet". Das Raunen und Flüstern hinter den Kulissen aber will nicht verstummen, und in den Parteien, die den Wahlkampf besonders zu fürchten haben, steckt man am eifrigsten die Köpfe zusammen.

Bisher schien es nicht notwendig zu sein, diesem Treiben besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Nachdem aber in der Berliner Presse die Nachricht auftauchte, daß Dr. Stresemann die Absicht habe, die Koalition mit der Linken wieder aufzunehmen und weiter zu pflegen, und den Wunsch, den Reichstag noch bis zum Winter zusammenzuhalten, persönlich im Reichskabinett vorgetragen und auch mit den Führern der Koalition besprochen habe, erscheint es notwendig, hierzu Stellung zu nehmen. Es wird weiter berichtet, daß die Zustimmung zu diesem Vorschlag „begeistert" gewesen sei, und es wird nun der Versuch gemacht, die Reichstagswahlen über den gesetzlichen Termin hinauszuschieben, da man hofft, später eine günstigere Konjunktur zu finden.

Die „L. N. N." sind in der Lage, auf Grund besonderer Informationen (?) festzustellen, daß diese Nachricht **völlig unzutreffend** ist. Dr. Stresemann steht dem Plan vollständig fern und hat sich in keiner Weise für ihn eingesetzt. Wenn also im Reichstag weiterhin an dem Versuch gearbeitet werden sollte, den Wahltermin auf den Herbst oder Winter zu verlegen, so ist zu betonen, daß die Person des Führers der Deutschen Volkspartei diesem Projekt völlig fernsteht.

Inzwischen haben die Deutschnationalen dem Reichskanzler das Verlangen mitgeteilt, die Reichstagswahlen gemeinsam mit den bayerischen Landtagswahlen am 6. April vorzunehmen — Bei den anderen bürgerlichen Parteien besteht keine Neigung (?) sich diesem Verlangen anzuschließen.

*

Die angeblichen Waffenfunde in Halle.

Die Presseabteilung des Stahlhelms teilt uns mit:
Seit einigen Tagen bringt das Blatt der abwirtschaftenden sozialdemokratischen Partei, das angebliche „Blatt des Volkes", aufsehenerregend sein sollende Meldungen über Waffenfunde in der Stadt Halle. Diese Leute hören das Gras wachsen und bringen diese Schwindelmeldungen auch in anderen auswärtigen Zeitungen unter. So schreibt die „Sächsische Staatszeitung" in ihrer Nr. 36 vom 12. Februar 1924, daß bei Leuten, die den völkischen Kreisen nahestehen, eine von der hallescheu Polizei abgehaltene Haussuchung ein größeres Waffenlager, das für den Stahlhelm angelegt worden sei, zutage gefördert habe. Es handle sich um eine erhebliche Anzahl von Gewehren ohne Schäfte — die Schäfte lägen an einem anderen, noch nicht ausgehobenen Orte — und um Handgranaten.

Der Stahlhelmleitung in Halle ist von Waffenfunden nichts bekannt. Vielleicht hat das „Volksblatt" Nachricht bekommen, daß irgendwo wieder einmal eine Kotillon-Kanone oder eine Anzahl Holzgewehre gefunden worden sind. Wir wiesen schon gestern darauf hin, daß dem Volksblätchen der Stahlhelm und seine Einrichtungen schwer auf den Nerven liegen muß, um so mehr, als die letzteren durch die letzten Wahlen sehr stark zerrüttet sein müssen.

*

Große Landwirtschaftliche Woche in Berlin.

Wie bei den großen wirtschaftlichen Tagungen der preußischen Hauptlandwirtschaftskammern und des Brandenburgischen Landbundes zeigt sich bei den sächsischen Beratungen in den Tagungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und der übrigen Sonderorganisationen ein gegenüber den früheren Jahren gesteigertes Interesse der Landwirtschaft, welches sich in einem überaus zahlreichen Besuch kundtut. Der Grund dafür ist unschwer in der augenblicklichen außerordentlich kritischen Lage der deutschen Landwirtschaft zu finden. Zugleich ist es ein Beweis dafür, daß die Landwirtschaft gewillt ist, nicht nur an den Staat und an die übrigen Berufsstellen Forderungen zu stellen, deren Erfüllung Voraussetzung für die Ueberwindung der Agrarkrisis ist, sondern auch durch eigene sächsische Arbeit mit an der Vervollkommnung des landwirtschaftlichen Betriebes zur Erzielung von Höchstleistungen jede mögliche Maßnahme zur Deckung der Volksernährung aus der eigenen Scholle zu ergreifen. In den einzelnen Abteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft finden alle aktuellen Spezialfragen des landwirtschaftlichen Betriebes ihre sachgemäße Beleuchtung. Die Düngerabteilung beschäftigte sich vor allem mit der zweckmäßigen Behandlung und Verwertung des Stalldüngers und seiner Ergänzung durch künstliche Düngung. In der Pferdezuchtabteilung wurden die Konsequenzen aus dem unbefriedigenden Stand des deutschen Pferdematerials während des Krieges gezogen. In der Rinderzuchtabteilung kam die allgemein wichtige Frage der produktionsschädlichen Tarifpolitik der Eisenbahn zur Erörterung, deren Frachten die doppelte Höhe der Friedenssätze haben, während die Preise landwirtschaftlicher Produkte auf etwa 70 Prozent stehen; außerdem wurde besondere Sorgfalt der Hebung der qualitativen Leistung der Milchviehzucht gewidmet. In der Obst- und Weinbauabteilung wurden die züchterischen Erfahrungen aus Holland und dem Rheingau für den gesamten deutschen Obstbau nutzbar gemacht. Eine besondere Bedeutung kam der Versammlung zur Hebung des Lupinenbaues unter Leitung von Frhrn. v. Wangenheim zu. Hierbei handelt es sich vor allem um die Deckung des außerordentlich großen Eiweißbedarfes, der vor dem Kriege eine Einfuhr von 6 bis 700 000 Tonnen Rohprotein erforderte. Die Lupine ist qualitativ durchaus geeignet, ein vollwertiges hochprozentiges Eiweißfutter zu liefern und sie wird bei richtiger Kultur in Wirtschaften mit sehr leichten Böden sogar einer der wichtigsten Träger für die Rentabilität des Betriebes werden können. In der Betriebsabteilung wurde vor allem auf die Bedeutung eines zeitgemäßen Ausbaues des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens eingegangen, welches wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft wieder die Grundlage für die Kreditwirtschaft der Landwirtschaft abzugeben berufen ist, wenn nicht der Agrarkredit überhaupt in sich zusammenbrechen soll. In einer besonderen Aufstellung wurde die Bedeutung einer zweckmäßigen Saatgutsortenwahl veranschaulicht.

Eintragung in die Wählerliste oder Wahlschein.

Durch das vom preußischen Landtag am 24. Januar angenommene Gesetz über die Festsetzung des Wahltags für die allgemeinen Gemeindewahlen sind auch einige Punkte des Gemeindewahlrechts neu geregelt worden. Die wichtigste Aenderung gegenüber dem bestehenden Zustande ist darin zu erblicken daß künftig die Eintragung in die Wählerliste oder der Besitz eines Wahlscheins maßgebend sein sollen. Bisher wurde zwischen der Wahlberechtigung und der Ausübung des Wahlrechts unterschieden. Wurde nun festgestellt, daß die eine oder andere der abgegebenen Stimmen ungültig war, sei es, daß der Wähler nicht in die Liste eingetragen oder daß er zu unrecht eingetragen war, dann bestand immer die Gefahr, daß die ganze Wahl für ungültig erklärt wurde. In jedem Falle lag die Entscheidung darüber in dem Ermessen des Oberverwaltungsgerichts. Diese Unklarheit wird durch die Regelung vom 24. Januar beseitigt. Nach ihr gilt, abgesehen von einer Wahl auf Grund eines Wahlscheins ausschließlich die Eintragung in die Bürgerliste. Ist jemand in die Liste eingetragen, dann steht ihm auch das Wahlrecht zu, selbst wenn die Eintragung zu unrecht erfolgt sein sollte; ist er nicht eingetragen und hat er sich nicht rechtzeitig einen Wahlschein besorgt, dann ist er von der Wahl ausgeschlossen. Demgemäß bestimmt das neue Gesetz: „Für die Rechtsgültigkeit der Stimmabgabe ist allein die Eintragung in die Bürgerliste oder der Besitz eines Wahlscheins maßgebend." Es liegt auf der Hand, wie wichtig es nach dieser Bestimmung ist, daß jeder einzelne Wähler sich rechtzeitig davon überzeugt, daß er ordnungsgemäß in die Liste eingetragen ist, da nach dem Schluß der Liste eine Aenderung nicht mehr möglich ist.

Diese Neuordnung wird zum erstenmal am 4. Mai d. J., dem Termin der allgemeinen Gemeindewahlen in Preußen, maßgebend sein.

*

Der rüstungsbereite Macdonald.

Die Liberalen gegen die Regierung.

London, 22. Februar. Im Unterhaus fand gestern die Erklärung der Regierung, in olge der schweren Arbeitslosigkeit den von der Baldwin-Regierung geplanten Neubau von fünf Kreuzern und zwei Zerstörern durchzuführen, lebhaften Widerspruch bei der Arbeiterpartei und besonders den Liberalen. Der Sprecher der Liberalen wandte sich entschieden gegen diese Kriegsrüstung, die Mac Donald aber damit begründete, daß die neuen Kreuzer die alten, unbrauchbar gewordenen Typen ersetzen sollten und die Regierung die Abrüstung nicht zustande bringen könne, indem sie zulasse, daß die britische Flotte durch Abnutzung verschwinde: im übrigen würden keine Kriegsschiffe ohne Zustimmung des Parlaments gebaut werden. Die Konservativen stellten sich geschlossen hinter die Regierung und stimmten mit der Arbeiterpartei gegen die Liberalen. „Daily Telegraph" schreibt, die gestrige Herausforderung der Liberalen müsse als ein schlagender Beweis für die Schwierigkeiten angesehen werden, denen sich die neuen Minister gegenüber sähen; sie seien niemals sicher, wie weit sie sich auf liberale Unterstützung verlassen könnten.

Im Unterhause fragte ein Mitglied, ob die Aufmerksamkeit des Präsidenten des Handelsamts auf den Schaden gelenkt worden sei, der den britischen Kaufleuten dadurch erwachse, daß die deutsche Regierung ihr Versprechen, deutschen Exporteuren die zwischen den Alliierten und der deutschen Regierung vereinbarte 26prozentige Abgabe zu erstatten, zurückgezogen habe. Lunn erwiderte, Verhandlungen seien mit der deutschen Regierung in dieser Frage im Gange.

Turnen, Spiel und Sport.

V. f. L. schlägt Teplitz 03 3:1 (0:1).

(Ecken 1:8.)

(Eigene Berichterstattung.)

Es war eine für Merseburger Verhältnisse leider nicht besonders große Zuschauermenge, welche erschienen war, um die Tepliger spielen zu sehen. Leider, denn es wird den hiesigen Vereinen schwer sein, erstklassige Gegner nach hier zu verpflichten, wenn sie nicht mit einer entsprechenden Deckung der Kosten durch Eintrittsgelder rechnen können. — Die Erschienenen hatten den Besuch nicht zu bereuen: Man bekam in Gegensatz zu den harten Punktkämpfen der letzten Zeit wieder ein Fußballspiel mit all den technischen Feinheiten zu sehen, welche eben nur ein Gesellschaftsspiel bieten kann. — Um es vorweg zu sagen: Trotz der Niederlage hat uns Teplitz nicht enttäuscht. Wohl mag die Einstellung von einigen Ersatzleuten die Gesamtleistung der Mannschaft vielleicht etwas beeinträchtigt haben, so war doch die Spielweise der Teplitzer in punkto Ballbehandlung und Kombination hauptsächlich während der ersten Halbzeit einfach begeisternd. Schade nur, daß die gesamte Fünferreihe jeden Schuß vermissen ließ und mit aller Gewalt ins Tor kombinieren wollte. Dieses wurde aber heute von einer Verteidigung bewacht, die sich ihrer schweren Aufgabe bewußt war und daher fest auf dem Posten stand.

Doch zum Spiel: Der Anstoß von V. f. L. wird von Teplitz abgefaßt und schon wandert der Ball in musterhafter Weise von Mann zu Mann gegen das Tor von V. f. L., wo bereits die erste Ecke verschuldet wird. Diese klärt Schenk im V. f. L.-Tor durch Fausten. Doch Teplitz hat das Heft gleich energisch in die Hand genommen. Kaum daß der V. f. L.-Sturm über die Platzmitte gelangt, bedrängt Teplitz das einheimische Heiligtum in oft von der Verteidigung an sich aufbauenden Kombinationsangriffen. Doch bald stellt sich die Schwäche des Sturmes heraus: Kein Schuß ist zu sehen! Andauernd und immer wieder wird geladen und — nicht geschossen. Noch im Strafraum geben die Stürmer den Ball, statt aufs Tor zu schießen, zur Seite; bei der guten Deckungsarbeit der Merseburger ein wenig erfolgreiches Beginnen. Erst in der 19. Minute bricht der Rechtsaußen den Bann und läßt einen halbhoch und scharf geschossenen Ball im Tor landen. 1:0 für Teplitz. Wieder hat Böhmen das Wort: alle Spieler zeigen schöne, gefällige Ballbehandlung, besonders Mittelläufer Banas liefert wahre Kabinettstückchen darin sowie im Täuschen des Gegners. Dann hat Merseburg seine erste Torchance: Teplitzs linker Verteidiger schlägt fehl: und der einheimische Halbrechte stürmt allein gegen das böhmische Tor; in dem etwas aufgeweichten Boden vor demselben bleibt er aber stecken, so daß Teplitz klärt. Kurz darauf ist es zweimal Heitkamp, auf dem Linksaußenposten, der unverhofft scharf aufs Tor schießt. Teplitz ist bedeutend rascher am Ball und führt weitere Angriffe vor doch außer einigen Eckbällen ohne zählbaren Erfolg bis zur Pause.

Nach Wiederbeginn ändert sich das Bild. Thon 1, bisher auf Rechtsaußen, gibt, nunmehr auf Linksaußen, in der 3. Minute eine Flanke zur Mitte: den nachfolgenden Schuß wehrt der böhmische Hüter schlecht, so daß der Ball mühelos zum Ausgleich eingedrückt wird. Durch diesen Erfolg angespornt, wächst der Eifer der Mannschaft, während der Elan der Teplitzer etwas nachläßt. Das Spiel wird ausgeglichener. Die in der 9. und 30. Minute erzielten zwei weiteren Torerfolge sind die Früchte aus Durchbrüchen der unbewachten Flügel. Und so endet das Spiel mit dem von niemand erwarteten Sieg der V. f. L.-Mannschaft. Herr Schiedsrichter Scherf (98) war dem Spiel ein gerechter Leiter.

Sportv. 99— Sportverein 98-Halle 0:1 (0:0).

(Eigene Berichterstattung.)

Da soll man noch zweifeln, daß es Traditionsresultate im Fußball gibt? Wir verlieren allmählich jede Hoffnung, daß es einmal unserer Merseburger Ligavereine gelingen wird, im Verbandsspiel den Halleschen 98ern auch nur einen Punkt zu entreißen. VfL. spielte 2:1 und 1:0, der Sportverein 99 in erster Serie 1:0 (durch Elfmeter entschieden), gestern im Rückspiel, 1:0 (durch Elfmeter entschieden). Wieder war es ein hartnäckiges (z. T. auch hartes) Ringen um die begehrenswerten Punkte, wieder hielt 99's brave Hintermannschaft die allmählich aufkommenden 98er glatt im Schach, bis 6 Minuten vor Abpfiff das Verhängnis in Gestalt eines Elfmeters naht, der glatt verwandelt wurde.

Der Sieg der Hallenser war — bei allem traditionellen Glück — nicht unverdient. Die Mannschaft war schneller und im Sturm technisch reifer. Der 99er Sturm war wieder herzlich schwach, so daß Wiesner beim Platzbesitzer verhältnismäßig Ruhe hatte. Anders auf der Gegenseite: Rummel konnte wiederholt sein prächtiges Können unter Beweis stellte nund gab sich im Verein mit der stabilen Verteidigung Fuhrmann—Mai und der unermüdlich, wenn auch nicht durchweg erfolgreich tätigen Läuferreihe nicht geschlagen. Auf beiden Seiten stellte man in der zweiten Halbzeit um, ohne indessen damit besonders sichtbare Wirkungen herbeizuführen. Schiedsrichter Haas (Spfr.) stieß mit seinen Entscheidungen auf nicht unberechtigten Widerspruch.

Preußen 1. — F.-C. 1910 1.-Halle 0:1 (0:1).

(Eigene Berichterstattung.)

Daß Glück zum Fußballspiel gehört, zeigte das gestrige Spiel auf dem Preußenplatze. Wohl niemals hat eine Mannschaft unverdienter verloren. Das einzige Tor fiel auch noch obendrein aus einer glatten Abseitsstellung, die dem Schiedsrichter Götze entgangen war. Preußen selbst mußte ohne Demann, A. Bock, August, und Hesselbarth antreten, war aber trotzdem dem Gegner überlegen und schnürte ihn in den letzten 20 Minuten vollständig ein. Daß trotzdem keine Tore für die Hiesigen fielen, verdanken die Gäste nur ihrer vielbeinigen Verteidigung und dem mit einer außerordentlich großen Portion Glück arbeitenden Törwart. Was er nicht erreichte, fand dann im Torpfosten oder der Querlatte den letzten Bezwinger. Dem Spielverlauf hätte Preußen mit mindestens 5 Toren Unterschied gewinnen müssen. Eckenverhältnis 6:2 für Preußen. Der Schiedsrichter konnte mit seinen Entscheidungen nicht gefallen.

Germania 1. — Reideburg 1. 2:3.

Eine knappe Niederlage war wieder die Ausbeute des gestrigen Spiels in Reideburg. Germania hatte für 2 Mann Ersatz einstellen müssen, vor allem fehlte Günther in der Verteidigung, wodurch die Niederlage leicht erklärbar ist. Trotz allem hätte Germania gewinnen müssen, wenn der Sturm einen Führer gehabt und geschossen hätte. Die Flügelstürmer wurden kaltgestellt, da zuviel Innenspiel getrieben wurde.

Vereinsnachrichten.

Sportverein 99: Resultate: Liga — 98 0:1: Reserve — 98 2:1 (!); 3. — Neumark 1:2; 5. — Sportbrüder 3:0; 1. Knaben — Weißenfels 0:2. — **Handball**: 1. Herren — H. R. C. 0:2; 1. Jgd: — 98 Jgd: 2:2;

V.-C. Preußen 1. — 1910 1.-Halle 0:1; 2. — Schupo abgesagt; 3. — VfL.-Neu-Rössen 2. 3:0; (von Rössen abgebrochen); 1. Jun. — Wacker 2. Jun. Halle 1:2.

Die Tabelle der 1a-Klasse.

In der Spitzengruppe bleibt die Reihenfolge durch den Sieg Wackers von 2:0 über Borussia, und den 98's über 99 mit 1:0 unverändert. Wacker sollte auch am nächsten Sonntage Spfr. schlagen, damit würde bereits nächsten Sonntag der Saalegau seinen Meister in Wacker melden können. Am Ende der Tabelle rutscht 99 auf den vorletzten Platz, da Favorit überraschend 96 mit 2:1 schlug, Preußen-Komet gegen Sportfreunde 2:0 verloren, bleiben weiter mit 4 Pluspunkten am Schwanz der Tabelle.

1. Klasse	Gespielt	Gewonnen	Unentschieden	verloren	Tore	Pkte. +	Pkte. —
Wacker-Halle	15	12	2	1	45:13	26	4
Sportverein 98-Halle	14	10	2	2	22:9	22	6
VfL. Halle (96)	15	9	2	4	29:18	20	10
VfL.-Merseburg	14	5	3	6	28:21	13	15
Borussia-Halle	14	4	4	6	23:23	12	16
Sportfreunde-Halle	13	4	2	7	19:25	10	16
Favorit-Halle	13	4	1	8	17:34	9	17
Sportverein 1899-Merseburg	13	2	4	7	9:19	8	18
Preußen-Komet-Halle	13	1	2	10	7:37	4	22

*

Stockball-Pokalspiele.

Merseburg in der Vorrunde!

99—98 2:0; VfL. — Bitterfeld 0:8 (!).

Am gestrigen Vormittag begannen auf der Peißnitz die ersten Spiele um den Pokal der Interessengemeinschaft, an dem 99 und VfL. beteiligt waren. **99** hatte in 98-Halle zwecklos einen schweren Gegner vor sich, der mit unermüdlichem Eifer kämpfte und sich den mit Ersatz spielenden 99ern erst gegen Schluß des Spieles im Endspurt beugen mußte. Die Technik des Spieles litt naturgemäß unter dem wenig schönen, Platz, der durch seine gefrorene Unebenheit Merseburg viel zu schaffen machte. Die erste Halbzeit sah 99 schon in leichter Ueberlegenheit, doch alle Torschüsse enden dicht neben dem Pfosten; den Rest des Spieles fand sich 99 besser, eine Umstellung bewirkte, daß die Ueberlegenheit endlich durch Oels und Friedrich zählbar zum Ausdruck kam. 99 gewann verdient. Die beiden Ersatzleute, insbesondere der rechte Läufer Krauße, paßten sich dem Ganzen gut ein.

Weniger Glück hatte VfL., der nach langmonatlicher Pause wieder einmal eine Mannschaft herausbrachte und von Griesheim-Elektron mit nicht weniger als 8:0 überfahren wurde. Man merkte der Mannschaft die lange Spielpause recht an, an Technik und Stocksicherheit war Bitterfeld überlegen und gewann verdient, wenn auch vielleicht die Höhe des Resultates überraschen mag.

Mit diesen Ergebnissen scheidet VfL. aus der Pokalrunde aus: 99 qualifiziert sich für die Zwischenrunde, wo 96-Halle der voraussichtliche Gegner sein wird.

*

Boxsport.

Rudi Wageners-Tuisburg schlägt den dänischen Schwergewichtsmeister Andreason während der 1. Runde k. o.

Das Hauptinteresse anläßlich des am Mittwoch im Berliner Sportpalast stattgefundenen Deutsch-Nordisch. Box-Abends nahm der Kampf Andreason gegen Wagener in Anspruch, welcher mit einer Ueberraschung schnell endete. Außer einer leichten Ueberlegenheit war Wagener dem Dänen auch im Gewicht (170 gegen 154 Pfd.) über. Er griff ihn sofort mit allem Ungestüm an, so daß Andreason gar nicht Gelegenheit hatte, seine Boxkunst zu zeigen, und schlug ihn in der ersten Runde k. o.

Während der Pause stellte sich der soeben aus Newyork zurückgekehrte deutsche Mittelgewichtsmeister Kurt Prenzel dem Publikum vor. Er wird am 14. März seinen Titel gegen Erich Melenz verteidigen. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß zu dem mit Spannung erwarteten Kampf um die deutsche Meisterschaft im Schwergewicht zwischen dem deutschen Meister Breitensträter und Samson am 29. Februar als zweites Paar Guiseppe Spalla-Italien und der australische Schwergewichtsmeister Cook verpflichtet wurden. Wir werden über die Ergebnisse zur gegebenen Zeit berichten.

Steckenpferd-Buttermilch-Seife
die beste Kinderseife

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240225-13/fragment/page=0006